



Infobrief

Historische Jahres- und Gedenktage – Auswahl für das Jahr 2014

Klaus Sator

Historische Gedenktage – Auswahl für das Jahr 2014

Verfasser: Dr. Klaus Sator unter Mitwirkung von Dr. Hanspeter Blatt, MRn Heike Erlbeck, Dr. Volker Schütterle, Wilhelm Weege
Aktenzeichen: WD 1 - 3010 - 068/13
Abschluss der Arbeit: 30. Januar 2014
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Liste der historischen Jahres- und Gedenktage	5
2.1.	Chronologie nach Jahrestagen	5
2.2.	Jahres- und Gedenktage nach Monaten	9
3.	Kurzinformationen zu den historischen Jahres- und Gedenktagen und weiterführende Quellen	13
4.	Quellen- und Literaturverzeichnis	52
5.	Schlagwortregister der historischen Gedenk- und Jahrestage für das Jahr 2014	53

1. Einleitung

Die vorliegende Zusammenstellung trifft für das Jahr 2014 erstmals eine gesonderte Auswahl historischer Jahres- und Gedenktage. Diese waren bisher in der jährlichen Liste der Aktions- und Thementage enthalten. Die Trennung in zwei eigenständige Zusammenstellungen soll die Handhabung jeder der beiden Übersichten erleichtern.

Schon aus Gründen des Umfangs konnten allerdings nur solche Jahrestage berücksichtigt werden, die sich auf Ereignisse beziehen, die vor 200, 175, 150, 120, 100, 80, 75, 65, 60, 50, 40, 30, 25, 20, 15 und 10 Jahren stattfanden. Hinzu kommen die jährlich begangenen Gedenktage, wie z.B. der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar oder der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober.

Die vorliegende Übersicht ist nach Monaten gegliedert. Jeder aufgeführte Jahres- und Gedenktag wird kurz erläutert, und – soweit möglich – um weiterführende Internetlinks ergänzt. Der Übersicht vorangestellt sind eine chronologische Auflistung nach Jahrestagen und eine nach Monaten. Ein Schlagwortregister am Ende der Ausarbeitung – nach den Bezeichnungen der Jahres- und Gedenktage bzw. nach den Themen, für die sie stehen, geordnet – soll ihr Auffinden erleichtern.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die den Texten zu den einzelnen Jahres- und Gedenktagen angefügten Internetlinks sowie die im Quellen- und Literaturverzeichnis aufgeführten Internetressourcen zwar zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Infobriefs existiert haben, inzwischen aber inaktiv oder anders benannt sein können.

2. Liste der historischen Jahres- und Gedenktage

2.1. Chronologie nach Jahrestagen

200. Jahrestag:

01.11.1814 Wiener Kongress 43

175. Jahrestag:

09.03.1839 Verbot der Kinderarbeit 19

150. Jahrestag:

01.02.1864 Beginn des Deutsch-Dänischen Krieges 17

22.08.1864 Erste Genfer Konvention 34

125. Jahrestag:

24.05.1889 Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung 25

29.06.1889 Gründung der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU) 28

14.07.1889 Gründung der Sozialistischen Internationale 31

120. Jahrestag:

05.12.1894 Vollendung des Berliner Reichstagsgebäudes 48

100. Jahrestag:

01.08.1914 Ausbruch des Ersten Weltkriegs 32

80. Jahrestag:

30.01.1934 Gesetz über den Neuaufbau des Deutschen Reiches 16

24.04.1934 Einrichtung des „Volksgerichtshofs“ 22

29.05.1934 Gründungstreffen der Bekennenden Kirche 26

30.06.1934 „Röhm-Putsch“ 28

02.08.1934 Vereidigung der Armee auf Hitler 33

75. Jahrestag:

01.01.1939	Pflicht zur Namensänderung für deutsche Juden	13
30.01.1939	Androhung der Vernichtung des europäischen Judentums durch Hitler	16
15.03.1939	Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei und Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“	20
23.08.1939	Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts	35
01.09.1939	Beginn des Zweiten Weltkrieges	36
01.09.1939	Erlass des „Euthanasiebefehls“	36
12.10.1939	Errichtung des „Generalgouvernements“ im besetzten Polen	41
08.11.1939	Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller	44
30.11.1939	Sowjetischer Angriff auf Finnland	46

70. Jahrestag:

10.06.1944	Zerstörung des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane durch SS-Truppen	27
20.07.1944	Attentat auf Hitler im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“	31
01.08.1944	Warschauer Aufstand gegen die deutschen Besatzer	32
02.08.1944	Ermordung der letzten Roma und Sinti in Auschwitz durch die SS	34
25.08.1944	Befreiung von Paris	35

65. Jahrestag:

08.05.1949	Verabschiedung des Grundgesetzes	24
10.05.1949	Verabschiedung des ersten Bundeswahlgesetzes	24
23.05.1949	Verkündung des Grundgesetzes	25
07.09.1949	Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages	37

60. Jahrestag:

25.01.1954	Berliner Außenministerkonferenz über die Einheit Deutschlands	15
17.06.1954	Erster nationaler Gedenktag an den Volksaufstand von 1953 in der DDR	27
03.10.1954	Verabschiedung der „Londoner Akte“	40
23.10.1954	Unterzeichnung der Pariser Verträge	42

50. Jahrestag:

28.02.1964	Konstituierung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	18
10.09.1964	Ankunft des millionsten Gastarbeiters in Deutschland	38
01.12.1964	Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei	47
01.12.1964	Einführung eines Mindestumtauschs (sog. Zwangsumtausch) für Besucher der DDR aus marktwirtschaftlichen Staaten	47
30.12.1964	Gründung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)	50

40. Jahrestag:

02.05.1974	Eröffnung der Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR und der DDR in der Bundesrepublik Deutschland	23
------------	---	----

30. Jahrestag:

01.01.1984	Beginn des Privatfernsehens in Deutschland	13
22.09.1984	Kohl und Mitterrand in Verdun	38

25. Jahrestag:

15.01.1989	Verabschiedung der Schlussakte der KSZE-Folgekonferenz	14
05.02.1989	Erschießung des letzten Maueropfers Chris Gueffroy	17
07.05.1989	Kommunalwahlen in der DDR	23
13.06.1989	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Recht fraktionsloser Abgeordneter	27
04.09.1989	Erste Montagsdemonstration in der DDR	36
11.09.1989	Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze	38
30.09.1989	Genehmigung der Ausreise von 4.000 DDR-Flüchtlingen aus der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag	39
07.10.1989	Vierzigster Jahrestag der Gründung der DDR	41
12.10.1989	Entschließung des Europäischen Parlaments zu demokratischen Reformen in der DDR	42
04.11.1989	Demonstration und Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz	43
07.11.1989	Rücktritt der DDR-Regierung	43
09.11.1989	Fall der Berliner Mauer	45
28.11.1989	Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls zur Überwindung der deutschen Teilung	45

04.12.1989	Beginn der Besetzung von Stasi-Gebäuden in mehreren Städten der DDR	47
07.12.1989	Einrichtung eines Zentralen Runden Tisches in der DDR	48
08.12.1989	Sonderparteitag der SED	49
09.12.1989	Grundsatzerklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung	49

20. Jahrestag:

10.01.1994	Verabschiedung des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“	13
11.01.1994	Berlin erster Amtssitz des Bundespräsidenten	14
10.03.1994	Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes durch den Deutschen Bundestag	19
13.04.1994	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur „Auschwitz-Lüge“	21
15.04.1994	Gründung der Welthandelsorganisation (WTO)	21
22.04.1994	Bundestagsbeschluss zur Einführung einer Pflegeversicherung	22
12.07.1994	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	30
01.08.1994	Einführung der privaten Arbeitsvermittlung	33
06.09.1994	Grundgesetzänderung zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern durch den Staat	37
15.12.1994	Konstituierung des Europaausschusses des Deutschen Bundestages	50

15. Jahrestag:

19.04.1999	Eröffnung des renovierten und umgebauten Reichstagsgebäudes	21
------------	---	----

10. Jahrestag:

11.03.2004	Verabschiedung des Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetzes	19
01.07.2004	Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes	30

2.2. Jahres- und Gedenktage nach Monaten

Januar:

01.01.	Pflicht zur Namensänderung für deutsche Juden	13
01.01.	Beginn des Privatfernsehens in Deutschland	13
10.01.	Verabschiedung des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“	13
11.01.	Berlin erster Amtssitz des Bundespräsidenten	14
15.01.	Verabschiedung der Schlussakte der KSZE-Folgekonferenz	14
25.01.	Berliner Außenministerkonferenz über die Einheit Deutschlands	15
27.01.	Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus / Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust	15
30.01.	Androhung der Vernichtung des europäischen Judentums durch Hitler	16
30.01.	Gesetz über den Neuaufbau des Deutschen Reiches	16

Februar:

01.02.	Beginn des Deutsch-Dänischen Krieges	17
05.02.	Erschießung des letzten Maueropfers Chris Gueffroy	17
28.02.	Konstituierung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	18

März:

09.03.	Verbot der Kinderarbeit	19
10.03.	Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes	19
11.03.	Verabschiedung des Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetzes	19
15.03.	Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei und Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“	20

April:

13.04.	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur „Auschwitz-Lüge“	21
15.04.	Gründung der Welthandelsorganisation (WTO)	21
19.04.	Eröffnung des renovierten und umgebauten Reichstagsgebäudes	21
22.04.	Bundestagsbeschluss zur Einführung einer Pflegeversicherung	22
24.04.	Einrichtung des „Volksgerichtshofs“	22

Mai:

02.05.	Eröffnung der Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR und der DDR in der Bundesrepublik Deutschland	23
07.05.	Kommunalwahlen in der DDR	23
08.05.	Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus	24
08.05.	Verabschiedung des Grundgesetzes	24
10.05.	Verabschiedung des ersten Bundeswahlgesetzes	24
23.05.	Verkündung des Grundgesetzes	25
24.05.	Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung	25
29.05.	Gründungstreffen der Bekennenden Kirche	26

Juni:

10.06.	Zerstörung des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane durch SS-Truppen	27
13.06.	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Recht fraktionsloser Abgeordneter	27
17.06.	Erster nationaler Gedenktag an den Volksaufstand von 1953 in der DDR	27
29.06.	Gründung der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU)	28
30.06.	„Röhm-Putsch“	28

Juli:

01.07.	Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes	30
12.07.	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	30
14.07.	Gründung der Sozialistischen Internationale	31
20.07.	Attentat auf Hitler im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“	31

August:

01.08.	Ausbruch des Ersten Weltkriegs	32
01.08.	Warschauer Aufstand gegen die deutschen Besatzer	32
01.08.	Einführung der privaten Arbeitsvermittlung	33
02.08.	Vereidigung der Armee auf Hitler	33
02.08.	Ermordung der letzten Roma und Sinti in Auschwitz durch die SS	34
22.08.	Erste Genfer Konvention	34
23.08.	Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts	35
25.08.	Befreiung von Paris	35

September:

01.09.	Beginn des Zweiten Weltkriegs	36
01.09.	Erlass des „Euthanasiebefehls“	36
04.09.	Erste Montagsdemonstration in der DDR	36
06.09.	Grundgesetzänderung zur Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern durch den Staat	37
07.09.	Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages	37
10.09.	Ankunft des millionsten Gastarbeiters in Deutschland	38
11.09.	Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze	38
22.09.	Kohl und Mitterrand in Verdun	38
30.09.	Genehmigung der Ausreise von 4.000 DDR-Flüchtlingen aus der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag	39

Oktober:

03.10.	Tag der Deutschen Einheit	40
03.10.	Verabschiedung der „Londoner Akte“	40
07.10.	Vierzigster Jahrestag der Gründung der DDR	41
12.10.	Errichtung des „Generalgouvernements“ im besetzten Polen	41
12.10.	Entschließung des Europäischen Parlaments zu demokratischen Reformen in der DDR	42
23.10.	Unterzeichnung der Pariser Verträge	42

November:

01.11.	Wiener Kongress	43
04.11.	Demonstration und Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz	43
07.11.	Rücktritt der DDR-Regierung	43
08.11.	Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller	44
09.11.	Fall der Berliner Mauer	45
28.11.	Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls zur Überwindung der deutschen Teilung	45
30.11.	Sowjetischer Angriff auf Finnland	46

Dezember:

01.12.	Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei	47
01.12.	Einführung eines Mindestumtauschs (sog. Zwangsumtausch) für Besucher der DDR aus marktwirtschaftlichen Staaten	47
04.12.	Beginn der Besetzung von Stasi-Gebäuden in mehreren Städten der DDR	47

05.12.	Vollendung des Berliner Reichstagsgebäudes	48
07.12.	Einrichtung eines Zentralen Runden Tisches in der DDR	48
08.12.	Sonderparteitag der SED	49
09.12.	Grundsatzerklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung	49
15.12.	Konstituierung des Europaausschusses des Deutschen Bundestages	50
30.12.	Gründung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)	50

3. Kurzinformationen zu den historischen Jahres- und Gedenktagen und weiterführende Quellen

– Januar –

01.01.1939 Pflicht zur Namensänderung für deutsche Juden

Im Zuge der fortschreitenden Diskriminierung von Juden mussten die noch im Deutschen Reich lebenden jüdischen Deutschen, deren Vorname nicht den Richtlinien des Reichsinnenministeriums entsprach, ab 1. Januar 1939 ihrem eigenen Vornamen den jüdischen Vornamen „Israel“ (für Männer) oder „Sara“ (für Frauen) hinzufügen. Grundlage dafür war die „Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen“ vom 17. August 1938, die darauf abzielte, jüdische Deutsche anhand ihrer Vornamen eindeutig als Juden kenntlich zu machen.

- <http://www.beliebte-vornamen.de/3585-antisemitische-namenspolitik-im-dritten-reich.htm>
- http://www.documentarchiv.de/ns/1938/juedische-namen_vo02.html
- http://de.wikisource.org/wiki/Zweite_Verordnung_zur_Durchf%C3%BChrung_des_Gesetzes_%C3%BCber_die_%C3%84nderung_von_Familiennamen_und_Vornamen

01.01.1984 Start des Privatfernsehens in Deutschland

Zum Jahresanfang 1984 starteten die ersten privaten Rundfunksender Deutschlands ihre Sendetätigkeit und machten den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Konkurrenz. Die ersten aus Werbeeinnahmen finanzierten Sender waren Sat 1 und RTL plus, die am 01.01 bzw. am 02.01.1984 ihren TV-Betrieb aufnahmen. Damit begann in der Bundesrepublik Deutschland ein „massiver Umbruch in der TV-Landschaft“, der zur noch heute bestehenden Dualität des Rundfunksystems führte (Nebeneinander von gebühren- und werbefinanzierten Sendeanstalten).

- <http://www.goethe.de/wis/de4409775.htm>

10.01.1994 Verabschiedung des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“

Die Teilnehmer am NATO-Gipfel vom 10. bis 11. Januar 1994 in Brüssel verabschiedeten das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (Pff). Es sah die Öffnung gegenüber den sich reformierenden Staaten des ehemaligen Ostblocks – den ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Pakts – vor und eröffnete anderen interessierten europäischen Nationen die Möglichkeit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Es diente u.a. der Vorbereitung der NATO-Osterweiterung und bot den an einer Mitgliedschaft in der NATO interessierten Staaten zunächst einen Ersatz für

den kurzfristig noch nicht möglichen Eintritt in die NATO an. Das Programm Partnerschaft für den Frieden wird seit 1997 im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat der NATO weitergeführt.

- http://www.pfp.admin.ch/internet/partnership_for_peace/de/home/bibliothek.parsys.0009.downloadList.00091.DownloadFile.tmp/einladungpartnerschaft fuer den Frieden.pdf
- http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50349.htm
- <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/ap/ap025000.pdf>

11.01.1994 Berlin erster Amtssitz des Bundespräsidenten

Nachdem sich der Deutsche Bundestag 1991 für den Umzug des Parlaments nach Berlin entschieden hatte, verkündete im Frühjahr 1993 der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker seinen Entschluss, den ersten Amtssitz des Bundespräsidenten von der Villa Hammerschmidt in Bonn in das Schloss Bellevue in Berlin zu verlegen. Seit dem 11. Januar 1994 hat das Staatsoberhaupt seinen ersten Amtssitz in Berlin. An diesem Tag empfing der Bundespräsident die zu seinem traditionellen Neujahrsempfang geladenen Repräsentanten des öffentlichen Lebens sowie verdiente Bürgerinnen und Bürger erstmals in Schloss Bellevue. Der jährliche Neujahrsempfang für das diplomatische Korps am darauffolgenden Tag fand ebenfalls erstmals in Berlin statt.

- <http://www.bundespraesident.de/DE/Die-Amtssitze/Schloss-Bellevue/schloss-bellevue-node.html>

15.01.1989 Verabschiedung der Schlussakte der KSZE-Folgekonferenz

Vom 4. November 1986 bis zum 19. Januar 1989 trafen sich die Teilnehmer der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien. Im abschließenden Dokument bekannten sich die Teilnehmer zu dem mit der Schlussakte von Helsinki 1975 eingeleiteten KSZE-Prozess und unterstrichen seine Bedeutung für die Stärkung der internationalen Sicherheit durch gegenseitige Vertrauensbildung, Ausbau der Zusammenarbeit sowie Stärkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. So verpflichteten sich die beteiligten Staaten, das Recht eines jeden „auf Ausreise aus jedem Land, darunter aus seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt“ zu achten sowie dieses Recht gesetzlich zu garantieren und die Einhaltung dieser Verpflichtung beobachten zu lassen. Bei Verdacht auf Menschenrechtsverletzungen sollte nach dem Willen der Teilnehmerstaaten ein Überprüfungsverfahren durchgeführt werden. Zudem einigte man sich auf die Einberufung einer Konferenz über konventionelle Abrüstung in Europa (KRK) und die Fortsetzung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (KVAE). Die offizielle Umbenennung der KSZE zur OSZE erfolgte zum 1. Januar 1995.

- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/606440/page/0>
- <http://www.osce.org/de/mc/40883>
- <http://www.gesis.org/sowiport/search/id/iz-solis-90114118>

25.01.1954 Berliner Außenministerkonferenz über die Einheit Deutschlands

Bei der Berliner Außenministerkonferenz vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954 trafen sich die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs in Berlin zu einem weiteren Versuch zur Lösung der deutschen Frage. Nach den Ereignissen um den 17. Juni 1953 in der DDR und vor dem Hintergrund der Bemühungen westeuropäischer Staaten zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) brachten die westlichen Alliierten und die Sowjetunion Vorschläge in die Verhandlungen ein, die bei der jeweils anderen Seite auf Ablehnung stießen. Entgegen den sowjetischen Vorstellungen eines bündnisfreien Gesamtdeutschlands, für das zunächst und ohne vorhergehende Wahlen eine provisorische Regierung eingesetzt werden sollte, bestanden die Westmächte darauf, dass freie Wahlen am Anfang eines Wiedervereinigungsprozesses stehen müssten und es einer frei gewählten Regierung überlassen sein müsse, ob und an welchen Bündnissen sie sich beteilige. Auf der ergebnislos endenden Konferenz wurde die deutsche Frage erstmals mit dem Problem der europäischen Sicherheit verknüpft.

- <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-chronik/131374/25-januar-18-februar-1954>

27.01. Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus / Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Der in Deutschland von Bundespräsident Roman Herzog initiierte Gedenktag wird seit 1996 am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung der Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee 1945, begangen. 2005 wurde er von den Vereinten Nationen als „International Day of Commemoration to honour the victims of the Holocaust“ übernommen und wird seit 2006 weltweit begangen. Mit ihm wird an die Millionen von Menschen erinnert, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden. Der Deutsche Bundestag kommt an diesem Gedenktag zu einer Gedenkveranstaltung zusammen, in deren Mittelpunkt zumeist die Rede eines Überlebenden steht.

- http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/27Januar1945/27Januar1945_node.html
- <http://www.un.org/en/holocaustremembrance/2013/calendar2013.html>
- http://www.genf.diplo.de/Vertretung/genf/de/pr/Aktuelles_dt/Gedenktaege/2013-01-27-HolocaustGedenktag.html
- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/42606255_kw05_gedenkstunde/index.jsp

30.01.1939 Androhung der Vernichtung des europäischen Judentums durch Hitler

Am 30. Januar 1939 kündigte Hitler im Deutschen Reichstag erstmals für den Fall eines neuen Weltkriegs die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ an. Hintergrund seiner Ausführungen waren vor allem die US-amerikanischen und britischen Reaktionen auf die Novemberpogrome und den Bruch des Münchner Abkommens, die Hitler auf den Einfluss der Juden in diesen Ländern zurückführte. Ein weiteres Motiv war, dass Hitler die deutschen und europäischen Juden als Geisel zu nehmen versuchte, um die USA aus einem möglichen Krieg herauszuhalten.

- <http://www.holocaust-chronologie.de/artikel/hitlers-drohung.html>
- http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_n4_bsb00000613_00017.html

30.01.1934 Gesetz über den Neuaufbau des Deutschen Reiches

Das am 30. Januar 1934 vom nationalsozialistischen Reichstag beschlossene „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs“ setzte die von den Nationalsozialisten betriebene sogenannte Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft Deutschlands sowie die Aushöhlung der Weimarer Verfassung fort. Die Souveränität der Länder wurde aufgehoben, ihre Parlamente wurden aufgelöst und die Landesregierungen der Reichsregierung unterstellt. Auch die Regelung der Staatsangehörigkeit ging von der Zuständigkeit der Länder in die des Reiches über. Waren bis dahin die in den Ländern lebenden Bürger mit ihrer Landesstaatszugehörigkeit gleichzeitig auch deutsche Staatsbürger, gab es fortan nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden Adolf Hitler nach dem Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg (1847-1934) am 2. August 1934 auch die Funktionen des Reichspräsidenten übertragen, darunter die des Oberbefehlshabers der Streitkräfte.

- <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/neuaufbau34.htm>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/laendergleichschaltung>

– Februar –

01.02.1864 Beginn des Deutsch-Dänischen Krieges

Der Deutsch-Dänische Krieg war die militärische Auseinandersetzung um Schleswig-Holstein und vor allem um das Herzogtum Schleswig zwischen dem Kaisertum Österreich und dem Königreich Preußen auf der einen Seite und dem Königreich Dänemark auf der anderen, vom 1. Februar bis 30. Oktober 1864. Der Krieg gilt auch als der erste der drei Deutschen Einigungskriege. Militärischer Höhepunkt war die Schlacht bei den Düppeler Schanzen am 18. April, die für Preußen siegreich verlief. In der Folge wurde der Frieden von Wien geschlossen, und Dänemark verlor seine Besitzrechte an deutschen Territorien (z.B. Schleswig und Holstein).

- <http://geschichtszentrum.de/?p=4908>

05.02.1989 Erschießung des letzten Maueropfers Chris Gueffroy

DDR-Grenzsoldaten erschossen am 5. Februar 1989 den 20-jährigen Chris Gueffroy (1968-1989) bei dem Versuch, in den Westteil Berlins zu flüchten. Gueffroy, der wegen seiner Weigerung, die Offizierslaufbahn in der Nationalen Volksarmee einzuschlagen, nicht zum Abitur zugelassen worden war, hatte bereits seit längerem die Flucht in den Westen erwogen. Als er Anfang 1989 von seiner Einberufung zur Armee erfuhr, entschloss er sich zusammen mit seinem ein Jahr älteren Freund Christian Gaudian zur Flucht aus der DDR. In der irrtümlichen Annahme, dass der Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze aufgehoben sei, versuchten Gueffroy und Gaudian am 5. Februar 1989, durch den Britzer Verbindungskanal von Ost- nach West-Berlin zu flüchten. Dabei wurden sie von Grenzsoldaten entdeckt und unter Beschuss genommen. Gueffroy wurde mehrmals getroffen und starb innerhalb weniger Minuten. Sein ebenfalls angeschossener Freund Gaudian wurde verhaftet und zu drei Jahren Haft wegen „versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts in schwerem Fall“ verurteilt. Chris Gueffroy war der letzte von mehr als hundert Flüchtlingen aus der DDR, die seit 1961 an der Berliner Mauer an den Folgen ihrer Schussverletzungen verstarben. Wenige Monate später, im April 1989, wurde der Schießbefehl aufgehoben, dessen Existenz die SED-Führung stets geleugnet hatte.

- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/month/Februar/year/1989>
- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/593906/page/1>
- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/2-Chronik-Wende/chronik-uebersicht/ereignisse/1989-02-05-letzte-todesschuesse.html?nn=704580

28.02.1964 Konstituierung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Am 28. Februar 1964 konstituierte sich in Bonn in Anwesenheit von Bundespräsident Heinrich Lübke (1894-1972) der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR). Das Beratungsgremium der Bundesregierung, häufig auch als die „Fünf Wirtschaftsweisen“ bezeichnet, entstand auf Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. Juni 1963. Seine Aufgabe besteht in der Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Erleichterung der Urteilsbildung aller wirtschaftspolitisch verantwortlichen Stellen sowie zur Information der Öffentlichkeit. Zu diesem Zweck erstellt er jährlich ein Gutachten, das der Bundesregierung bis zum 15. November zugeleitet wird. Darüber hinaus kann der Sachverständigenrat von der Bundesregierung mit der Erstellung von Sondergutachten beauftragt werden oder selbst ein Sondergutachten erstatten, wenn er glaubt, eine Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Ziele zu erkennen. Der Sachverständigenrat ist weder der Regierung noch dem Parlament verantwortlich, sondern nur an seinen gesetzlichen Auftrag gebunden.

- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04081.pdf>
- <http://www.gesetze-im-internet.de/sachvratg/BJNR006850963.html>
- <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Sonstiges/Tagungsband.pdf>
- <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/index.html>

– März –

09.03.1839 Verbot der Kinderarbeit

Am 9. März 1839 erließ Preußen ein gesetzliches Kinderarbeitsverbot. Mit ihm wurde der Arbeitseinsatz von Kindern unter neun Jahren in Fabriken untersagt. Nach dem „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter“ durften Kinder unter 16 Jahren nicht mehr als zehn Stunden täglich arbeiten und nicht mehr an Sonntagen sowie in der Nacht. Das Verbot der Kinderarbeit markiert den Beginn staatlicher Sozialpolitik in Deutschland.

- <http://www.zeitspurenuche.de/02/kinder2.htm>
- http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2009/3975/pdf/seite_141_151.pdf

10.03.1994 Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes

Am 10. März 1994 verabschiedete der Deutsche Bundestag nach kontroverser Debatte das „Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands“, kurz „Berlin/Bonn Gesetz“ genannt. Das Gesetz regelte unter anderem den Umzug von Parlament und Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin sowie den Umzug von Bundesbehörden und anderer Bundeseinrichtungen in die neu geschaffene Bundesstadt Bonn. Das Gesetz legt die Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn durch Ansiedlung von Bundesministerien in Berlin und Bonn sowie Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn fest, u. a. durch Verlagerung von Einrichtungen des Bundes in die frühere Hauptstadt der Bundesrepublik.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/WegeInDieGegenwart/FolgenDerDeutschenEinheit/hauptstadtdebatte.html>
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/20-jahre-hauptstadtbeschluss/39749/berlin-bonn-gesetz>
- http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/18/18_01

11.03.2004 Verabschiedung des Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetzes

Am 3. März 1994 verabschiedete der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung das „Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung“ (RV-Nachhaltigkeitsgesetz). Den Einspruch des Bundesrates gegen dieses Gesetz wies das Parlament in seiner Sitzung vom 16. Juni 2004 zurück. Mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz sollten die Leistungen und die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) langfristig gesichert werden. Weiterhin sollten die Nachhaltigkeit und die Stabilität der gesetzlichen

Rentenversicherung erhöht und vor dem Hintergrund der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung eine größere Generationengerechtigkeit, namentlich durch eine Verbesserung der Lastenverteilung zwischen den Generationen, herbeigeführt werden.

- <http://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/Gesetzliche-Rentenversicherung/Geschichte/geschichte-der-gesetzlichen-rentenversicherung.html>
- <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/021/1502149.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/15/026/1502678.pdf>
- <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/15/15097.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15113.pdf>

15.03.1939 Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei und Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“

Bereits am 5. November 1937 hatte Hitler seinem Außenminister und Vertretern der Wehrmacht seine Pläne zur Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei durch das Deutsche Reich als Vorbereitung auf den Angriff auf die europäischen Großmächte dargelegt. Der sogenannte Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte am 13. März 1938. An ihn schloss sich zwischen dem 1. und 10. Oktober 1938 die Besetzung der Grenzgebiete Böhmens und Mährens und die Abtretung dieser Gebiete an das Deutsche Reich an, nachdem Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 die Abtretung des sogenannten Sudetenlandes an das Deutsche Reich vereinbart hatten. Am 15. März 1939 besetzten deutsche Truppen das übrige tschechische Staatsgebiet. Am darauffolgenden Tag unterzeichnete Hitler den Erlass über die Errichtung des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren“ und besiegelte damit das vorläufige Ende des tschechoslowakischen Staates.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/aussenpolitik/tschechei>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/HenleinKonrad>
- http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2013/Muenchner_Abkommen.pdf
- <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/boehmen39.htm>

– April –

13.04.1994 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur „Auschwitz-Lüge“

Im Ergebnis seiner Prüfung der Verfassungsbeschwerde des Bezirksverbands München-Oberbayern der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 13. April 1994 fest, dass das tatsächliche Bestreiten der systematischen Ermordung von Juden in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg nicht unter den Schutz der freien Meinungsäußerung fällt. Daraufhin beschloss der Bundestag am 20. Mai 1994, die "Auschwitz-Lüge" unter Strafe zu stellen.

- <http://www.telemedicus.info/urteile/Presserecht/Meinungsfreiheit/198-BVerfG-Az-1-BvR-2394-Auschwitz-Luege.html>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12229.pdf>

15.04.1994 Gründung der Welthandelsorganisation (WTO)

Nach siebenjähriger Verhandlungszeit wurde am 15. April 1994 in Marrakesch die „Welthandelsorganisation“ (WTO) als Einrichtung der Vereinten Nationen zur weltweiten Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten gegründet. Sie hat ihren Sitz in Genf. Kernaufgaben sind zum einen die Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, zum anderen die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern. Die WTO-Abkommen berühren nationales und europäisches Recht, da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, ihre nationalen Gesetze ihren Verpflichtungen aus den Welthandelsverträgen anzupassen.

- http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/whatis_e.htm
- <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Handelspolitik/wto,did=209564.html>

19.04.1999 Eröffnung des renovierten und umgebauten Reichstagsgebäudes

Mit der Schlüsselübergabe des Architekten Norman Foster an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse am 19. April 1999 nahm der Deutsche Bundestag seinen neuen Sitz im Reichstagsgebäude ein. In der anschließenden Bundestagssitzung betonte der Bundestagspräsident, dass das Parlament „keine andere Republik, sondern einen möglichst unaufgeregten, geradezu selbstverständlichen Wechsel von Bonn nach Berlin“ wolle. Fünf Jahre zuvor, am 10. März 1994, hatte der Bundestag das sogenannte Berlin/Bonn-Gesetz verabschiedet, mit dem er die Grundsätze für die Umsetzung des Beschlusses des Bundestages zum Umzug von Bundestag und Bundesregierung festlegte. Bis zum 31. Juli 1999 zogen vor allem die Abgeordnetenbü

ros und der überwiegende Teil der Bundestagsverwaltung in 16 verschiedene Berliner Provisorien, da die Parlamentsneubauten in unmittelbarer Nähe zum Reichstagsgebäude noch nicht fertig gestellt waren.

- www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/berlin_bonn_gesetz.pdf
- www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/schauplaetze/plenarbereich_reichstagsgebaeude

22.04.1994 Bundestagsbeschluss zur Einführung einer Pflegeversicherung

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des damit einhergehenden vermehrten Pflegebedarfs älterer Menschen beschloss der Deutsche Bundestag am 22. April 1994 das „Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit“, kurz „Pflege-Versicherungsgesetz“ und damit die Einführung einer sozialen Pflegeversicherung (PV) in Deutschland. Die Beitragspflicht zur Pflegeversicherung trat mit Beginn des Folgejahres in Kraft. Leistungen aus der Pflegeversicherung für die häusliche Pflege werden seit 1. April 1995 gewährt. Die soziale Pflegeversicherung bildet – neben der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung – den jüngsten Zweig der in Deutschland bestehenden Sozialversicherungen.

- <http://www.bmg.bund.de/pflege/pflegeversicherung/geschichte.html>
- <http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/pflegeversicherung>
- http://www.bundestag.btg/Wissen/Dossiers/Ablage/1420/Ueberlick_Pflegev.pdf
- <http://www.gesetze-im-internet.de/pflegevg/BJNR101409994.html>

24.04.1934 Einrichtung des „Volksgerichtshofs“

Mit dem „Gesetz zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat“ vom 24. April 1934 wurde der sogenannte Volksgerichtshof geschaffen, der zunächst als Sondergericht am 1. August 1934 in Berlin die Arbeit aufnahm und im Frühjahr 1936 in ein ordentliches Gericht umgewandelt wurde. Mit seiner Errichtung war die Verfolgung politischer Straftaten einer unabhängigen Justiz entzogen. Ursprünglich zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat gegründet, war der Volksgerichtshof später auch für schwere Wehrmittelbeschädigung, Feindbegünstigung sowie Spionage und Wehrkraftersetzung zuständig. Eine freie Wahl des Verteidigers bei Verfahren vor dem Volksgerichtshof bestand nicht. Der Volksgerichtshof urteilte in erster und letzter Instanz, Rechtsmittel waren nicht zulässig. Von den jeweils fünf Richtern der bis zu sechs Senate beim Volksgerichtshof mussten nur der Vorsitzende und ein Beisitzer Berufsrichter sein, drei weitere Beisitzer waren Laien aus Polizei, Wehrmacht und Gliederungen der NSDAP. Sämtliche Richter wurden auf Vorschlag des Reichsjustizministers von Hitler ernannt. Während der Zeit seines Bestehens hat der Volksgerichtshof rund 5.200 Todesurteile gefällt.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/volksgerichtshof/index.html>
- <http://www.bpb.de/izpb/7744/politische-straftjustiz-in-deutschland>

– Mai –

02.05.1974 Eröffnung der Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR und der DDR in der Bundesrepublik Deutschland

Am 2. Mai 1974 nahmen die „Ständigen Vertretungen“ der beiden deutschen Staaten im jeweils anderen deutschen Staat ihre Arbeit auf. Akkreditiert wurden am 20. Juni Günter Gaus (1929-2004) als erster Leiter der „Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik“ in Ost-Berlin und Michael Kohl (1929-1981) als erster Leiter der „Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn. Rechtliche Grundlage für die Einrichtung dieser botschaftsähnlichen Einrichtungen war der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik geschlossene Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/KontinuitaetUndWandel/NeueOstpolitik/grundlagenvertrag.html>
- http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01189/index-2.html.de

07.05.1989 Kommunalwahlen in der DDR

Als die Bürgerrechtsbewegung der DDR das Ausmaß der Fälschung der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 durch die Staatsführung der DDR nachwies und öffentlich machte, wurde vor aller Welt deutlich, wie weit die politische Krise des SED-Regimes bereits fortgeschritten war. Nach dem von Wahlleiter Egon Krenz im DDR-Fernsehen verkündeten „amtlichen“ Ergebnis entfielen 98,85 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die „Einheitsliste der Nationalen Front“. Nur rund 140.000 Wähler (1,15 Prozent) stimmten offiziellen Angaben zufolge gegen die Einheitsliste. Mitglieder der Opposition beobachteten jedoch versteckt die Stimmenauszählung in den Wahllokalen und stellten zahlreiche Widersprüche zwischen den verkündeten und den tatsächlichen Wahlergebnissen fest. Unter anderem wurden in einzelnen Wahllokalen mehr als 10 Prozent Neinstimmen registriert. In Leipzig demonstrierten noch am selben Abend 1.000 Menschen gegen die Wahlmanipulationen. Die in den folgenden Tagen bei den Wahlkommissionen wegen der Unregelmäßigkeiten eingereichten Beschwerden und Einsprüche wurden jedoch alle abschlägig beschieden.

- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/2-Chronik-Wende/chronik-uebersicht/ereignisse/1989-05-07-wahl-ohne-wahl.html;jsessionid=AFD589C22C1BA453935041DFCA0909E3.s4t2?nn=704580
- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/month/Mai/year/1989>

08.05. Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation aller Teile der Wehrmacht und der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bezeichnete in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes vor dem Deutschen Bundestag den 8. Mai als den „Tag der Befreiung“ vom Nationalsozialismus. Damit wurde die bis dahin in der Bundesrepublik vorherrschende Interpretation des 8. Mai 1945 als „Tag der Kapitulation“ überwunden.

- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/70190/8-mai-tag-der-befreiung-04-05-2006>
- http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/NeueHerausforderungen_redeVonllstaendigRichardVonWeizsaecker8Mai1985

08.05.1949 Verabschiedung des Grundgesetzes

Der Parlamentarische Rat verabschiedete das Grundgesetz am 8. Mai 1949, dem vierten Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht. Es wurde mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Gegenstimmen kamen von CSU (6 Stimmen), Deutscher Partei (2), Zentrum (2) und KPD (2). Am 12. Mai 1949 einigten sich die Militärgouverneure auf die Annahme des Grundgesetzes. Vom 18. bis 21. Mai berieten die Landtage den Entwurf des Grundgesetzes. In allen Landtagen – mit Ausnahme des bayerischen – wurde der Entwurf angenommen. Allerdings beschloss die bayerische Staatsregierung, die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes auch für Bayern anzuerkennen, wenn zwei Drittel der Länder dem Grundgesetz zustimmten.

- <http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/>
<http://www.hdbg.de/verfas/hbr60.htm>

10.05.1949 Verabschiedung des ersten Bundeswahlgesetzes

Am 10. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das „Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland“, das mit einigen Änderungen auf Wunsch der Alliierten und der Ministerpräsidenten der Länder am 15. Juni 1949 in Kraft trat. Es enthielt Vorschriften über das passive und das aktive Wahlrecht, den Wahlmodus, die Zahl der Abgeordneten und den Wahltermin. Nach heftigen Debatten hatte sich der Rat für das heutige personalisierte Verhältniswahlrecht mit Erst- und Zweitstimme entschieden. Auf Drängen der Ministerpräsidenten wurden die Anzahl der über Listen zu vergebenden Mandate vergrößert und – was einem Entschluss des parlamentarischen Rates widersprach – auf Länderebene eine Fünf-Prozent-Sperrklausel in das

Wahlgesetz eingefügt, die der Parlamentarische Rat zuvor abgelehnt hatte. Bundesweit galt die 5-Prozent-Klausel erstmals bei der Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag 1953.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/EntstehungZweierDeutscherStaaten/parlamentarischerRat.html>
- http://www.parlamentarischerrat.de/organisation_898_organisation=45.html
- [http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL#_Bundesanzeiger_BGBL_%2F%2F*\[%40attr_id%3D%27bgbl149s0021.pdf%27\]_1387277335219](http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL#_Bundesanzeiger_BGBL_%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl149s0021.pdf%27]_1387277335219)

23.05.1949 Verkündung des Grundgesetzes

Das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der damaligen deutschen Länder angenommen. Daraufhin fertigte der Parlamentarische Rat das Grundgesetz am 23. Mai 1949 aus und verkündete es. Es trat mit Ablauf desselben Tages in Kraft. Das Grundgesetz basiert auf den liberalen und demokratischen Ideen des 19. Jahrhunderts und zog Konsequenzen aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Es konstituierte mit der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland die stabilste und freiheitlichste Staatsordnung, die je auf deutschem Boden existiert hat.

- http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/parlamentarismus/brd_parlamentarismus/index.html
- <http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/EntstehungZweierDeutscherStaaten/parlamentarischerRat.html>
- <http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/EntstehungZweierDeutscherStaaten/grundgesetz.html>

24.05.1889 Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung

Am 24. Mai 1889 verabschiedete der Reichstag des Deutschen Reiches auf Initiative des damaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck (1815-1898) ein Gesetz zur Einführung einer gesetzlichen Rentenversicherung. Es trat zum 1. Januar 1891 in Kraft. Neben den zuvor verabschiedeten Gesetzen zur Regelung der Kranken- und der Unfallversicherung der Arbeiter, war die gesetzliche Rentenversicherung ein weiterer Meilenstein der deutschen Sozialgesetzgebung. Nach dem „Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Alterssicherung“ wurden alle Arbeiter verpflichtet, Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Im Falle einer eintretenden Berufsunfähigkeit bzw. bei Erreichen des siebenzigsten Lebensjahres sah das Gesetz die Gewährung einer Rente vor. Leistungen erhielten in der Praxis jedoch vor allem Personen, die arbeitsunfähig geworden waren, in Form der Invalidenrente.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/innenpolitik/sozialgesetze/index.html>
- <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/141486/bismarcks-sozialgesetze>

29.05.1934 Gründungstreffen der Bekennenden Kirche

Im Zuge des Widerstandes gegen die alle gesellschaftlichen Bereiche erfassende Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten gründete sich 1933 der Pfarrernotbund innerhalb der Evangelischen Kirche. Ziel seiner Gründungsmitglieder, darunter Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer, war es, den staatlichen „Arierparagraphen“ zu unterlaufen, demzufolge getaufte Juden als „Nichtarier“ aus der Evangelischen Kirche ausgeschlossen werden sollten. Der Pfarrernotbund erklärte den „Arierparagraphen“ mit dem christlichen Glaubensbekenntnis für unvereinbar und organisierte Hilfe für die Betroffenen. Gemeinsam mit anderen kirchlichen Gegnern des Totalitätsanspruchs der Nationalsozialisten führte der Pfarrernotbund vom 29. bis 31. Mai 1934 die erste Bekenntnissynode von Wuppertal-Barmen durch. Die hier beschlossene [„Barmer Theologische Erklärung“](#) wurde zum ideellen Fundament der Bekennenden Kirche (BK), wie sich die nun zusammengeschlossenen Evangelischen Gruppierungen nannten. Die BK arbeitete aktiv gegen den Machtanspruch Hitlers und versuchte, seiner Politik Grenzen zu setzen. Der Alliierte Kontrollrat der Siegermächte stuft die BK 1945 daher auch positiv als „aktive antifaschistische Widerstandsbewegung“ ein. Entsprechend hoch war der Einfluss der BK auf die Neugründung der Evangelischen Kirche nach dem zweiten Weltkrieg. Sie wurde wesentlich von den Mitgliedern des BK getragen („Stuttgarter Schuldbekenntnis“ von 1945).

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/bekennende>

– Juni –

10.06.1944 Zerstörung des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane durch SS-Truppen

Nur wenige Tage nach der Landung der Alliierten in der Normandie zerstörten SS-Truppen am 10. Juni 1944 das Dorf Oradour-sur-Glane in Zentralfrankreich. Das Massaker, dem 642 Menschen zum Opfer fielen, wurde von Angehörigen des 4. Regiments der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ verübt. Die Männer des Ortes wurden erschossen, die Frauen und Kinder in der Kirche verbrannt und die Gebäude des Dorfes nahezu vollständig zerstört. Nur wenige Menschen konnten entkommen. Angeblich ging es dabei um Präventivmaßnahmen gegenüber der Résistance, die in Oradour Waffen versteckt haben sollte. Bundeskanzler Schröder bat 2004 die Bürger von Oradour um Verzeihung. Als erstes deutsches Staatsoberhaupt besuchte Bundespräsident Gauck am 4. September 2013 gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Hollande die Mahn- und Gedenkstätte Oradour-sur-Glane. In seiner Rede bekannte er sich zu „der großen Schuld, die Deutsche an diesem Ort auf sich geladen haben“.

- <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/09/130904-Oradour-sur-Glane-Frankreich.html>
- <http://www.arte.tv/de/historische-geste/7637272.CmC=7637168.html>
- <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/staatsbesuch-in-frankreich-eine-geste-der-versoehnung-12559355.html>

13.06.1989 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Recht fraktionsloser

Abgeordneter

Am 13. Juni 1989 fällte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zur Stellung fraktionsloser Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Auslöser des Verfahrens war eine Organklage, die der Bundestagsabgeordnete Thomas Wüppesahl erhoben hatte, der aus der Fraktion Die Grünen ausgeschlossen worden war. Antragsgegner waren sowohl der Deutsche Bundestag, als auch die damalige Bundestagspräsidentin sowie die Bundestagsfraktion Die Grünen. Das höchste deutsche Gericht entschied, dass die Verwehrung der Mitgliedschaft in einem Ausschuss mit Rede- und Antragsrecht – aber ohne Stimmrecht – sowie der völlige Ausschluss von Einflussnahmen auf das Gesetzgebungsverfahren gegen das grundgesetzlich verbrieftete Recht eines Abgeordneten verstoße. Seit dieser Entscheidung haben fraktionslose Abgeordnete erweiterte Mitwirkungsrechte. Sie erhalten ein angemessenes Rede-recht im Plenum und haben einen Rechtsanspruch auf die Teilnahme an Ausschusssitzungen und am Gesetzgebungsverfahren.

- <http://www.wahlrecht.de/wahlpruefung/19890613.htm>

17.06.1954 Erster nationaler Gedenktag an den Volksaufstand von 1953 in der DDR

Als Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands gegen die kommunistische Staatsführung in der DDR in den Tagen um den 17. Juni 1953, gab es im Deutschen Bundestag Überlegungen, den 17. Juni künftig in besonderer Form

zu begehen. Ein Gesetzentwurf der Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und DP sah vor, den 17. Juni zum „nationalen Gedenktag“ zu erklären. Die oppositionelle SPD wollte diesen Tag sogar zum „Nationalfeiertag des deutschen Volkes“ erheben. Am 7. Juli 1953 verabschiedete der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der Abgeordneten der KPD ein Gesetz, mit dem der 17. Juni als „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“ zum „Tag der Deutschen Einheit“ mit dem Status eines gesetzlichen Feiertages erklärt wurde. Dieser Gedenk- und Feiertag wurde erstmals vor 60 Jahren begangen.

- http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/17Juni1953/17Juni1953_node.html
- http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2013/17_Juni_1953.pdf
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/01/01280.pdf>

29.06.1889 Gründung der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU)

Die „Interparlamentarische Union“ (IPU), die am 29. Juni 1889 als „Interparlamentarische Union für internationale Schiedsgerichtsbarkeit“ gegründet wurde, ist eine internationale Vereinigung von Parlamenten mit dem Ziel der Sicherung des Friedens, der Förderung des Demokratieverständnisses in allen Teilen der Welt und der Wahrung der Menschenrechte. Sie wurde von dem britischen Parlamentarier und Pazifisten William Randal Cremer (1828-1908) und dem französischen Parlamentarier und Pazifisten Frédéric Passy (1822-1912) ins Leben gerufen mit dem Ziel, einzelnen Parlamentariern aus den unterschiedlichsten Ländern und Regionen eine neutrale und konfliktunabhängige Plattform für den Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu bieten. Vertreter des Deutschen Reichstages nahmen erstmals 1890 in London an einer der meist jährlich stattfindenden interparlamentarischen Konferenzen teil. In der IPU sind aktuell die Parlamente von 163 Staaten vertreten. Der Sitz des Sekretariats ist Genf.

- <http://www.ipu.org/english/home.htm>
- http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/international/ipu

30.06.1934 „Röhm-Putsch“

Anlässlich einer Führertagung der Sturmabteilung (SA) der NSDAP ließ Adolf Hitler am 30. Juni 1934 die gesamte Führung der paramilitärischen Kampforganisation der Partei durch Einheiten der SS ermorden. Nicht nur der Stabschef der SA, Ernst Röhm (1887-1934), und weitere SA-Funktionäre, sondern auch andere von der nationalsozialistischen Führung als feindlich eingeschätzte Personen wurden während dieser „Säuberungsaktion“ der Partei umgebracht. Unter den etwa 200 Opfern des Blutbads waren bekannte Persönlichkeiten wie z. B. General Kurt von Schleicher (1882-1934), Hitlers Amtsvorgänger als Reichskanzler. Die auf Betreiben von

Hitler und Hermann Göring lange vorbereitete Mordaktion wurde durch Kommandos der SS mit Unterstützung durch die Gestapo durchgeführt. Ihr lagen ideologische Differenzen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung und machtpolitische Spannungen zwischen der SA und Teilen der NSDAP zugrunde. Sie diente der innerparteilichen „Gleichschaltung“.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/roehm>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/innenpolitik/sa>
- www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/ss
- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/nsdap>

– Juli –

01.07.2004 Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes

Am 1. Juli 2004 verabschiedete der Deutsche Bundestag das im Prozess seiner Entstehung zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern heftig umstrittene „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“, kurz „Zuwanderungsgesetz“. Das Gesetz regelte wesentliche Teile des deutschen Ausländerrechts neu. Mit ihm wurde erstmals ein Rechtsrahmen vorgegeben, durch den die Zuwanderung gesteuert und wirksam begrenzt werden kann. Weiterhin wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass Deutschland sich zum Einwanderungsland entwickelt hatte und neue Weichen in der Migrations- und Integrationspolitik gestellt, so die gesetzliche Verankerung von Maßnahmen zur Integration der auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden Zuwanderer. Das Zuwanderungsgesetz wurde am 5. August 2004 verkündet und trat zum 1. Januar 2005 in Kraft. Am 28. August 2007 ist eine Reform des Zuwanderungsgesetzes in Kraft getreten.

- <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56351/zuwanderungsgesetz-2005?p=all>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/brd/2004/0528-04.pdf>

12.07.1994 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 sind militärische und humanitäre Einsätze der Bundeswehr im Auftrag der Vereinten Nationen zulässig. Der Deutsche Bundestag erhält allerdings ein Vetorecht: Der Einsatz der Bundeswehr kann erst dann erfolgen, wenn das Parlament mit einfacher Mehrheit zugestimmt hat. Der Richterspruch erfolgte auf eine Verfassungsbeschwerde der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP hin, die die Verfassungsmäßigkeit der Beteiligung deutscher Truppen an der Überwachung des Flugverbots über Bosnien und des Embargos gegen Serbien in Zusammenhang mit den kriegesischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan in Frage gestellt hatten. Zehn Tage nach dem Urteil stimmte der Deutsche Bundestag Einsätzen der Bundeswehr gegen das ehemalige Jugoslawien im Auftrag der Vereinten Nationen zu. Mit seinem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht den besonderen Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee betont und dem Deutschen Bundestag eine entscheidende Rolle bei Auslandseinsätzen deutscher Streitkräfte zugebilligt. Das Verfahren zur Beteiligung des Parlaments wurde Ende 2004 mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

- <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/meuaedbwww.pdf>
- <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv090286.html>
- <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a12/auslandseinsaetze/parlamentsbeteiligungsgesetz.html>

14.07.1889 Gründung der Sozialistischen Internationale

Zum hundertsten Jahrestag der Französischen Revolution fand am 14. Juli 1889 unter maßgeblicher Mitwirkung von Wilhelm Liebknecht (1826-1900), einem führenden Reichstagsabgeordneten der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), in Paris ein Sozialistenkongress statt, bei dem die „Zweite Internationale“ bzw. „Sozialistische Internationale“ gegründet wurde. Der Kongress, an dem etwa 400 Delegierte aus 20 Staaten bzw. rund 300 verschiedenen Arbeiterorganisationen teilnahmen, wurde von Liebknecht und dem französischen Sozialisten Edouard Vaillant (1840-1915) geleitet und stellt eine frühe Form der länderübergreifenden Zusammenarbeit weltanschaulich ähnlich ausgerichteter Parteien bei der Lösung politischer Aufgaben und Probleme dar.

- <http://www.ieg-ego.eu/en/threads/transnational-movements-and-organisations/international-social-movements/die-sozialistische-internationale-sozialistische-internationale-be-vorankundigung2012>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/LiebknechtWilhelm/index.html>
- <http://www.socialistinternational.org/about.cfm>

20.07.1944. Attentat auf Hitler im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“

Am 20. Juli 1944 verübte Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944), zusammen mit seinem Adjutanten Werner von Haeften (1908-1944) ein von militärischen und zivilen Oppositionellen schon länger geplantes Attentat auf Hitler. Ihr Ziel war, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu beseitigen und den Krieg zu beenden. Der während einer Lagebesprechung in Hitlers Hauptquartier bei Rastenburg in Masuren erfolgte Sprengstoffanschlag schlug jedoch fehl. Zwar wurden mindestens vier der Anwesenden getötet, Hitler jedoch überlebte leicht verletzt. Noch in der darauffolgenden Nacht wurden die Attentäter und ihre engsten Mitverschwörer hingerichtet. Manche von ihnen nahmen sich das Leben. In den Tagen nach dem gescheiterten Attentat nahm die Gestapo Tausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Mitverschwörern und Regimegegnern fest. Sie wurden vom „Volksgerichtshof“ abgeurteilt, viele von ihnen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zur Erinnerung an den militärischen und zivilen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft werden in Berlin jedes Jahr am 20. Juli Gedenkfeiern veranstaltet. So finden in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock (ehemaliger Sitz des Oberkommandos des Heeres, in dessen Ehrenhof die am Umsturzversuch des 20. Juli beteiligten Offiziere erschossen wurden) sowie in der Gedenkstätte Plötzensee (ehemaliges Strafgefängnis und Hinrichtungsstätte) eine Feierstunde und eine Kranzniederlegung unter Beteiligung der Bundeswehr statt.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/widerstand/attentat>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/141288/20-juli-1944-attentat-auf-adolf-hitler>
- <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/themen/thema/?them=/b12/start-d.php>
- http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/20Juli1944/20Juli1944_node.html

– August –

01.08.1914 Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Auch wenn der Beginn des Ersten Weltkriegs ein Prozess war, der mit der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und seiner Frau in Sarajevo am 28. Juni 1914 durch serbische Separatisten begann und bis in den August hinein dauerte, wird allgemein der 1. August 1914, der Tag der Kriegserklärung des Deutschen Reiches gegenüber dem Zarenreich und der Mobilmachungen im Deutschen Reich, in Frankreich und in Großbritannien, als Ausbruch des Ersten Weltkriegs bezeichnet. Seit August 1914 befanden sich die Bündnispartner Deutschland und Österreich-Ungarn im Krieg gegen Frankreich, Großbritannien und Russland. An dem bis dahin umfassendsten Krieg in der Geschichte waren etwa 40 Staaten direkt oder indirekt beteiligt. Annähernd 70 Millionen Menschen standen unter Waffen. Die industrialisierte Kriegsführung – vor allem das industriell hergestellte und erstmals in kriegerischen Auseinandersetzungen eingesetzte Giftgas – verlieh dem Kampfgeschehen eine völlig neue Qualität und führte zu einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß an Brutalität. Rund neun Millionen Soldaten und sechs Millionen Zivilisten fielen dem Ersten Weltkrieg zum Opfer.

- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk1>

01.08.1944 Warschauer Aufstand gegen die deutschen Besatzer

Vor 70 Jahren, am 1. August 1944, entfesselte die sogenannte polnische Heimatarmee (Armija Krajowa) zusammen mit anderen polnischen Untergrundtruppen in der polnischen Hauptstadt einen Aufstand gegen die deutschen Besatzer. Ziel der nationalpolnischen Heimatarmee war es, Warschau noch vor dem Einmarsch der sowjetischen Armee zu befreien, die bereits unmittelbar vor Warschau stand. Der Sieg des Aufstands über die Truppen des nationalsozialistischen Deutschen Reiches sollte ein Zeichen setzen für die Stärke eines zukünftigen unabhängigen Staates Polen. Der Aufstand entwickelte sich zur größten einzelnen bewaffneten Erhebung im besetzten Europa während des Zweiten Weltkriegs. Er scheiterte jedoch nach 63 Tagen erbitterter Kämpfe einerseits daran, dass die sowjetischen Truppen keinerlei Unterstützung leisteten und sogar den britischen Versorgungsflugzeugen eine Landung auf dem bereits sowjetisch besetzten rechten Weichselufer untersagten, andererseits an der beispiellosen Brutalität, mit der die deutschen Besatzer und die zur Verstärkung herangezogenen SS- und Polizeieinheiten gegen die Aufständischen selbst wie gegen die gesamte Bevölkerung Warschaus vorgehen. Etwa 16.000 Aufständische und etwa 180.000 Zivilisten wurden Opfer der Kämpfe. Auf deutscher Seite starben etwa 10.000 Soldaten, 7.000 galten als vermisst. Nach der Niederschlagung des Aufstands wurde die Stadt Warschau von den deutschen Besatzern weitestgehend zerstört. Rund 60.000 Polen wurden in Massentransporten zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschickt und in Arbeits- oder Konzentrationslager gebracht.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/warschaueraufstand>
- <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-1-098>

01.08.1994 Einführung der privaten Arbeitsvermittlung

Bis zum 1. August 1994 hatte in Deutschland die Bundesagentur für Arbeit (BA) das Monopol auf die Vermittlung von Arbeit. Nach jahrzehntelangen politischen Auseinandersetzungen um die Einführung einer privaten Arbeitsvermittlung und im Gefolge einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 23. April 1991, in der festgestellt worden war, dass das Vermittlungsmonopol der damaligen Bundesanstalt für Arbeit gegen den EWG-Vertrag verstoße, wurde mit dem am 24. Juni 1994 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Beschäftigungsförderungsgesetz die private Arbeitsvermittlung endgültig und ohne Einschränkungen zugelassen. Seitdem können private Arbeitsvermittler grundsätzlich jede Art von Stelle vermitteln. Die Vermittlung von Ausbildungsplätzen hat jedoch für Auszubildende unentgeltlich zu erfolgen.

- <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55129/geschichte-der-arbeitsvermittlung>
- <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/155434/private-und-halbstaatliche-arbeitsvermittlung?p=all>
- <http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsvermittlung/private-arbeitsvermittlung.html>

02.08.1934 Vereidigung der Reichswehr auf Hitler

Nach dem Tod Hindenburgs am 2. August 1934 übernahm Hitler unmittelbar auch dessen Funktionen als Reichspräsident und nannte sich fortan „Führer und Reichskanzler“. Die Verschmelzung der Ämter des Regierungschefs und Staatsoberhauptes war ein weiterer Schritt zur Aushebelung der Gewaltenteilung in Deutschland, wie sie die demokratische Verfassung von Weimar vorgesehen hatte, und damit eine Zementierung der Diktatur Hitlers. Als besonders problematisch erwies sich die mit diesem Schritt verbundene Neufassung des Militäreides. Statt wie bisher auf die Verfassung mussten die Soldaten der im Aufbau befindlichen Wehrmacht ihren Eid nun auf Hitler persönlich ableisten. Dadurch waren sie – in der Tradition absoluten Respekts gegenüber einem quasisakralen Treuegelöbnis erzogen – auf Gedeih und Verderb an den Diktator gebunden. Das spätere Zögern vieler Offiziere, gegen die als verbrecherisch erkannte Kriegspolitik Hitlers Widerstand zu leisten, wird von der Forschung mit dieser personalisierten Vereidigung erklärt, die Deutschland nicht nur von den demokratischen Mächten, sondern auch vom faschistischen Italien unterschied: Mussolini war nicht Staatsoberhaupt seines Landes und konnte daher 1943 vom italienischen König und der Armeeführung vergleichsweise unspektakulär entmachteter werden. Er wurde als Regierungschef entlassen und verhaftet, was in Deutschland nicht möglich gewesen wäre und Regimegegner wie die Männer des 20. Juli vor erhebliche Probleme sowohl der Legitimation als auch der Praxis ihrer Handlungen stellte.

- <http://www1.wdr.de/themen/archiv/stichtag/stichtag3974.html>
- <http://www.bistummuenster.de/religionspaedagogik/m22.pdf>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/MussoliniBenito>

02.08.1944 Ermordung der letzten Roma und Sinti in Auschwitz durch die SS

Im Zuge der Auflösung des sogenannten Zigeunerlagers im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordete die SS in der Nacht von dem 2. auf den 3. August 1944 die dort noch verbliebenen 2.897 Sinti und Roma. Der Aktion vorausgegangen war eine Anordnung Himmlers vom 16. Dezember 1942, alle noch im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten lebenden Sinti und Roma in ein Konzentrationslager einzuweisen. Aufgrund dieses Erlasses wurden über 23.000 Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Die meisten von ihnen starben dort an Hunger, Krankheiten, Misshandlungen oder bei medizinischen Experimenten. Etwa 3.000 für arbeitsfähig befundene Sinti und Roma waren vor der Lagerauflösung noch nach Deutschland verbracht und in anderen Konzentrationslagern interniert worden und mussten in den meisten Fällen Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft leisten.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/holocaust/sintiroma>
- <http://www.sintiundroma.de/uploads/media/chronologie140111.pdf>
- <http://www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=781>

22.08.1864 Erste Genfer Konvention

Eineinhalb Jahre nach Gründung des Internationalen Komitees der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege (seit 1876 Internationales Komitee vom Roten Kreuz), stimmten am 22. August 1864 zwölf europäische Staaten, Baden, Belgien, Dänemark, Frankreich, Hessen, Italien, die Niederlande, Portugal, Preußen, die Schweiz, Spanien und Württemberg, der ersten Genfer Konvention „zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde“ zu. Das unter maßgeblicher Mitwirkung des Genfer Juristen Gustave Moynier erarbeitete Abkommen steht am Beginn der Bemühungen, für den Fall kriegerischer Auseinandersetzungen international anerkannte Regeln zum Schutz der nicht an Kampfhandlungen beteiligten Personen zu etablieren. Die Konvention verpflichtete die Kriegführenden u.a. zur Hilfe für Verwundete und verbot deren Misshandlung oder Tötung. Artikel 7 legte fest, dass die gemäß der Konvention zu schützenden Personen und Einrichtungen durch ein rotes Kreuz auf weißem Grund zu kennzeichnen sind. Die erste Genfer Konvention, der in kurzer Zeit eine Vielzahl weiterer Staaten beitraten, steht am Beginn der Entwicklung eines humanitären Völkerrechts. Sie wurde in den folgenden Jahrzehnten durch weitere internationale Abkommen ergänzt. In der unter dem Eindruck der verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs verabschiedeten Genfer Konvention vom 12. August 1949 wurden schließlich auch die Regeln für den Schutz von Kriegsgefangenen und Zivilisten vor Grausamkeit und Unmenschlichkeit im Kriegsfall definiert.

- <http://www.drk.de/ueber-uns/auftrag/humanitaeres-voelkerrecht/genfer-abkommen.html>
- <http://www.juraforum.de/lexikon/genfer-konventionen>
- <http://www.drk-solling.de/index.php/genfer-abkommen#Abk1>

23.08.1939 Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts

Nach monatelangen Geheimverhandlungen unterschrieben in Anwesenheit Stalins am 23. August 1939 der deutsche Außenminister von Ribbentrop und der Kommissar für Äußeres der Sowjetunion Molotow in Moskau den als "Hitler-Stalin-Pakt" bekannt gewordenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Der vor 75 Jahren geschlossene Vertrag ermöglichte Hitler den Überfall auf Polen am 1. September 1939, der den Zweiten Weltkrieg auslöste. Er umfasste ein geheimes Zusatzprotokoll, das eine territorialpolitische Neuordnung Osteuropas vorsah und die Aufteilung Polens zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion regelte. Dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt folgte am 28. September 1939 ein "Grenz- und Freundschaftsvertrag" mit weiteren geheimen Zusatzprotokollen. An Hitlers Entschlossenheit, möglichst bald einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu führen, änderte der auf zehn Jahre geschlossene Nichtangriffspakt jedoch nichts. Am 18. Dezember 1940 erließ Hitler die „Führer-Weisung Nr. 21“, auf deren Grundlage die konkrete Planung des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begonnen wurde.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/aussenpolitik/nichtangriffspaktsu/index.html>
- <http://www.dhm.de/sammlungen/zendok/hitler-stalin-pakt/Dokument.htm>
- http://www.bundestag.btg/ButagVerw/W/Ausarbeitungen/Einzelpublikationen/Ablage/2010/Der_Deutsch-Sowj_1282559063.pdf
- <http://www.ns-archiv.de/krieg/sowjetunion/vertrag/nichtangriffspakt.php>

25.08.1944 Befreiung von Paris

Nach der Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 und dem zügigen Vormarsch der alliierten Truppen erhob sich am 15. August 1944 die Pariser Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer. Am 25. August konnten dann die Zweite Panzerdivision unter dem französischen General Jacques-Philippe Leclerc sowie Truppen der Alliierten in Paris einziehen. Am Nachmittag unterzeichnete der kommandierende General und Wehrmachtbefehlshaber Dietrich von Choltitz die Kapitulation der deutschen Besatzer. Zeitgleich hielt der aus dem englischen Exil zurückgekehrte General Charles de Gaulle Einzug in Paris und stellte unmittelbar nach seiner Ankunft im Kriegsministerium die vorläufige Regierung der Französischen Republik zusammen. Am darauffolgenden Tag wurden die Befreier der seit Juni 1940 besetzten Stadt bei einer Militärparade durch das befreite Paris von der Bevölkerung jubelt und gefeiert.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/besatzungfr>
- <http://www.france.fr/de/institutionen-und-werte/die-befreiung-von-paris>

– September –

01.09.1939 Beginn des Zweiten Weltkriegs

Mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen am 1. September 1939 begann vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg (1939-1945). An diesem Krieg waren 27 Staaten beteiligt und in Europa fast alle Länder direkt vom Kriegsgeschehen betroffen. Der durch die Entwicklungen in der Rüstungsindustrie möglich gewordene Luftkrieg und die damit einhergehende Bombardierung von Großstädten machte die Zivilbevölkerung wie niemals zuvor zum Opfer des Kriegs. Der Zweite Weltkrieg forderte insgesamt über 60 Millionen Tote.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/index.html>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69009/beginn-zweiter-weltkrieg-30-08-2010>

01.09.1939 Erlass des „Euthanasiebefehls“

Im Oktober 1939 beauftragte Adolf Hitler mit einem auf den Tag des Kriegsbeginns am 1. September 1939 zurückdatierten geheimen Schreiben den Leiter seiner Kanzlei, Philipp Bouhler, sowie seinen Begleitarzt, Karl Brandt, mit der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung der als „Euthanasie“ bezeichneten Tötung von „lebensunwertem Leben“. Die geheime Zentraldienststelle der Mordaktion befand sich in der Berliner Tiergartenstraße 4, weshalb die Aktion auch als „Aktion T4“ bezeichnet wird. Die Opfer der Aktion wurden durch Gas, Medikamente, Nahrungsentzug oder Injektionen getötet. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass die in Bernburg, Brandenburg, Grafeneck, Hadamar, Hartheim und Pirna-Sonnenstein erprobten Gaswagen und Gaskammern auch der Erprobung solcher Einrichtungen für die Konzentrations- und Vernichtungslager dienten. Nach Protesten aus der Bevölkerung, insbesondere aus kirchlichen Kreisen, wurde die Aktion 1941 zwar offiziell eingestellt, aber dezentral weitergeführt. Als „lebensunwert“ wurden von den Nationalsozialisten vor allem missgebildete Kinder sowie an Geistes- und Erbkrankheiten, Epilepsie oder Syphilis leidende Erwachsene angesehen. Schätzungen gehen davon aus, dass den vor 75 Jahren organisierten Massentötungen etwa 300.000 Menschen zum Opfer fielen.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/holocaust/euthanasie/index.html>
- <http://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/gedenk-und-informationsort-fuer-die-opfer-der-ns-euthanasie-morde.html>
- <http://www.ns-archiv.de/medizin/euthanasie/faksimile>

04.09.1989 Erste Montagsdemonstration in der DDR

Am Montag, den 4. September 1989 versammelten sich im Anschluss an eines der Friedensgebete, die seit 1982 in der Leipziger Nikolaikirche wöchentlich durchgeführt wurden, etwa 1.200 DDR-Bürger, um für die Durchsetzung von Menschen- und Freiheitsrechten, mehr Reisefreiheit und die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu demonstrieren. Transparente mit Aufschriften wie „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ und „Wir wollen raus!“ wurden vor den

Augen westdeutscher Journalisten von der Staatssicherheit, die die Demonstration aufzulösen versuchte, niedergerissen. Die Montagsdemonstration war Ausgangspunkt einer mächtigen Protestwelle, die schnell auch auf zahlreiche andere DDR-Städte übergriff. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ versammelten sich in den folgenden Wochen, vorwiegend an Montagen, Hunderttausende zu Massendemonstrationen, um gegen die bestehenden politischen Verhältnisse zu protestieren und eine demokratische Umgestaltung der DDR zu fordern. Die Montagsdemonstrationen trugen wesentlich zum Zerfall des SED-Regimes bei. So gilt gemeinhin die Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 mit mehr als 70.000 Teilnehmern als Wendepunkt der friedlichen Revolution.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/WandelImOsten/montagsdemonstrationen.html>
- <http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/unterricht-am-whiteboard/135524/montagsdemonstrationen>
- http://php2.arte.tv/wundervonleipzig/index_de.php

06.09.1994 Grundgesetzänderung zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern durch den Staat

Am 6. September 1994 verabschiedete der Deutsche Bundestag die interfraktionelle Vorlage eines Gesetzes, das die bis dahin in Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes enthaltene Norm „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ um den Satz „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ ergänzte. Durch die Einführung dieses Staatszieles wird der Staat verpflichtet, konkrete Schritte zur Verwirklichung einer tatsächlichen Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu unternehmen.

- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/084/1208423.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12241.pdf>

07. 09.1949 Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages

Drei Wochen nach der ersten Bundestagswahl vom 14. August 1949 konstituierte sich am Mittwoch, dem 7. September 1949, der erste Deutsche Bundestag im neu erbauten Plenarsaal in Bonn. Dieser war innerhalb weniger Monate als Anbau der ehemaligen Pädagogischen Akademie fertiggestellt worden, in der bereits der Parlamentarische Rat getagt hatte. Wegen des großen Interesses wurden die Vorgänge im Plenum per Lautsprecher auf eigens errichtete Außentribünen übertragen. Von dort verfolgten die Zuschauer durch die Glaswand des Plenarsaals, wie der langjährige Präsident des Reichstages der Weimarer Republik, der Sozialdemokrat Paul Löbe (1875-1967), als Alterspräsident die Sitzung eröffnete. Der hessische Bundestagsabgeordnete Erich Köhler (1892-1958) von der CDU wurde mit 346 von insgesamt 402 abgegebenen Stimmen zum ersten Bundestagspräsidenten gewählt.

- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/serien/24037675_wahlperioden_serie/23082431_wahlperioden01/index.html

10.09.1964 Ankunft des millionsten Gastarbeiters in Deutschland

Am 10. September 1964 wurde am Bahnhof Köln-Deutz der damals 38-jährige Zimmermann Armando Rodrigues de Sá (1926-1979) aus Portugal als millionster Gastarbeiter in Deutschland begrüßt. Vorausgegangen waren mehrere seit 1955 geschlossene Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Staaten aus dem Mittelmeerraum, der Türkei und Marokko zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, um dem in den fünfziger Jahren einsetzenden Wirtschaftsboom und dem damit verbundenen Mangel an Arbeitskräften begegnen zu können.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/KontinuitaetUndWandel/WirtschaftlicheEntwicklungenInOstUndWest/gastarbeiter.html>
- <http://www.angekommen.com/iberer/Mio/millionster.html>
- <http://www.angekommen.com/iberer/Doku/tagung.pdf>

11.09.1989 Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze

Aus Unzufriedenheit mit der Reformunfähigkeit der SED-Führung versuchten seit dem Frühjahr 1989 immer mehr DDR-Bürger, das Land zu verlassen. Der Abbau der Sperranlagen an der ungarischen Westgrenze am 2. Mai 1989 und die symbolische Durchtrennung des Grenzzauns durch die Außenminister Ungarns und Österreichs, Gyula Horn (1932-2013) und Alois Mock, verstärkten im Sommer und Herbst 1989 die Fluchtwelle von DDR-Bürgern über Ungarn. Am 19. August 1989 nutzten Hunderte von ihnen ein „Panneuropäisches Picknick“ bei der ungarischen Grenzstadt Sopron zur größten Massenflucht seit dem Mauerbau. Am 11. September 1989 öffnete Ungarn unter Bruch bisheriger Abkommen mit der DDR seine Westgrenze. Binnen weniger Stunden reisten mehr als zehntausend Menschen aus der DDR aus. Bis Anfang November flohen ca. 50.000 Menschen aus der DDR über Ungarn in den Westen. Die Grenzöffnung in Ungarn hatte eine große Signalwirkung für die Menschen in der DDR. Sie beeinflusste maßgeblich den weiteren Verlauf der friedlichen Revolution.

- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/month/August/year/1989>
- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/WandelImOsten/ausreisewelle.html>
- <http://www.stern.de/politik/geschichte/ddr-massenflucht-loch-im-eisernen-vorhang-528265.html>
- <http://www.spiegel.de/panorama/ddr-massenflucht-1989-vorzimmer-der-freiheit-a-313979.html>

22.09.1984 Kohl und Mitterrand in Verdun

Am 22. September 1984 besuchten Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand den Soldatenfriedhof Douaumont bei Verdun. Gemeinsam gedachten sie der Toten des Ersten Weltkriegs, speziell der über 320.000 gefallenen Soldaten in der Schlacht des Jahres 1916 um die Festung Verdun. Diese Schlacht zählt zu den blutigsten des Ersten Weltkriegs. Kohls und Mitterrands Gedenken kulminierte in einer international viel beachteten Geste. Beide Staatsmänner reichten sich vor den Gräbern stumm die Hand und verharrten in

dieser Haltung minutenlang in stiller Andacht. Von Beobachtern wurde dieses spontane Zeichen der Freundschaft rückblickend als symbolischer Beleg der deutsch-französischen Aussöhnung betrachtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte. In seiner Bedeutung gilt der Handschlag von Verdun heute als dem Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Ehrenmal für die Helden des Warschauer Ghettos vergleichbar, der ein Zeichen für die Aussöhnung mit Polen setzte.

- <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/kohl-und-mitterrand-in-verdun-warum-reichten-sie-sich-die-hand-1857470.html>
- http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/4987/geschichte_zum_anfassen.html

30.09.1989 Genehmigung der Ausreise von 4.000 DDR-Flüchtlingen aus der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag

Die Ausreise von 4.000 DDR-Flüchtlingen, die seit August 1989 im Palais Lobkowitz, dem Sitz der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Zuflucht gesucht hatten, am 1. Oktober 1989 war ein Meilenstein auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Am Vorabend hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vom Balkon des Palais Lobkowitz mit den Worten „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise...“ einen der bekanntesten unvollendeten Sätze der Wendezeit gesprochen. Die Ausreise der Botschafts-Flüchtlinge in die Bundesrepublik erfolgte über DDR-Gebiet. Der Flüchtlingsstrom in die Botschaft hielt aber weiter an. Am 3. Oktober 1989 befanden sich wieder 5.000 DDR-Flüchtlinge auf dem Botschaftsgelände und weitere 2.000 auf dem Vorplatz. Auch sie durften über die DDR in die Bundesrepublik ausreisen. Ab dem 3. November 1989 gestattete die DDR-Führung schließlich die direkte Ausreise von Prag in die Bundesrepublik.

- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69294/prag-30-september-1989-29-09-2009>
- <http://www.prag.diplo.de/Vertretung/prag/de/02/Botschaftsfluechtlinge/Botschaftsfluechtlinge.html>
- <http://www.mdr.de/damals/archiv/artikel88860.html>

– Oktober –

03.10. Tag der Deutschen Einheit

Nach der friedlichen Revolution in der DDR beschloss die am 18. März 1990 erstmals demokratisch gewählte Volkskammer in der Nacht vom 22. auf den 23. August den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Dieser Tag wurde durch den Einigungsvertrag zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Die Regierungschefs der Bundesländer und des Bundes vereinbarten, dass die jährlichen Feierlichkeiten am 3. Oktober jeweils von dem Land ausgerichtet werden, das den Vorsitz im Bundesrat hat.

- http://www.protokoll-in-land.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/TagderDeutschenEinheit/TdDE_node.html
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/145440/3-oktober-tag-der-deutschen-einheit>

03.10.1954 Verabschiedung der „Londoner Akte“

Auf der sogenannten Neunmächtekonferenz, die vom 28. September bis 3. Oktober 1954 in London stattfand, wurden auch die völkerrechtliche Stellung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Möglichkeiten ihres Verteidigungsbeitrages im Rahmen des 1949 gegründeten Nordatlantikpakt (NATO) erörtert. Mit der „Londoner Akte“ vom 3. Oktober 1954 ermöglichten die Konferenzteilnehmer – die Benelux-Staaten, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und die USA – der Bundesrepublik Deutschland den Beitritt zur NATO und zur Westeuropäischen Union (WEU). Damit verbunden war die Aufhebung des Besatzungsstatuts der Bundesrepublik. Zugleich erkannten die Teilnehmer die Bundesregierung als die einzige deutsche Regierung an, die berechtigt sei, für Deutschland als Vertreter des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Die Beratungen wurden am 23. Oktober 1954 mit den sogenannten Pariser Verträgen abgeschlossen. In der Londoner Akte verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland zur Beachtung der Charta der Vereinten Nationen, zum Verzicht auf Gewalt in ihren auswärtigen Beziehungen und im Zusammenhang mit der Kontrolle der Rüstung und der Bewaffnung auf die Herstellung von ABC-Waffen.

- <http://www.konrad-adenauer.de/stichwo/aussenpolitik/londoner-neunmachte-konferenz-1954>
- <http://www.cvce.eu/obj/die-schlu%DFakte-der-londoner-neunmachtekonferenz-london-28-september-3-oktober-1954-de-9929e166-3f19-4768-94fd-74564959bc5a.html>

07.10.1989 Vierzigster Jahrestag der Gründung der DDR

Ungeachtet der durch Fluchtwelle und Massenproteste bereits weit fortgeschrittenen Erosion des DDR-Systems feierte die SED-Führung am 7. Oktober 1989 den 40. Jahrestag der Staatsgründung mit Militärparaden und inszenierten Jubelfeiern, auf denen die „Stabilität“ und die vermeintlichen ökonomisch-technischen Errungenschaften des bereits tief erschütterten SED-Staates zur Schau gestellt wurden. Während der Feierlichkeiten kam es in vielen Städten zu spontanen Protesten und Demonstrationen gegen das SED-Regime. Mit dem Ruf "Gorbi, Gorbi, hilf uns!" wandten sich Demonstrationsteilnehmer vor dem Berliner Palast der Republik, wo die offiziellen Feierlichkeiten stattfanden, an Michail Gorbatschow, den damaligen Generalsekretär der KPdSU, mit der Bitte, ihre Forderungen nach einer demokratischen Umgestaltung der DDR zu unterstützen. Dessen als Warnung an die SED-Führung gerichteter Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ konnte allerdings die SED-Führung nicht zum Einlenken bewegen. Die Sicherheitsorgane gingen mit massiver Gewalt gegen die Demonstranten vor. Allein in Berlin wurden mehr als 1.000 Personen verhaftet. Landesweit waren es rund 3.500.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/WandelImOsten/der40ahrestag.html>
- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/month/Oktober/year/1989>

12.10.1939 Errichtung des „Generalgouvernements“ im besetzten Polen

Am 12. Oktober 1939 unterzeichnete Hitler den „Erlass über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete“, mit denen die im Rahmen des Polenfeldzugs 1939 von deutschen Truppen okkupierten Landesteile Polens, die nicht in das Deutsche Reich eingegliedert oder von sowjetrussischen Truppen besetzt worden waren, zum „Generalgouvernement“ zusammengefasst wurden. Es umfasste die vier Distrikte Krakau, Radom, Warschau und Lublin und seit dem 1. August 1941 zusätzlich Lemberg. An der Spitze des Generalgouvernements, das etwa 12 Millionen Einwohner hatte, stand Reichsminister Hans Frank. Erklärtes Ziel der nationalsozialistischen Besatzer war es, das Generalgouvernement „judenfrei“ zu machen und die Polen zu vertreiben, damit sich dort Deutsche ansiedeln konnten. Dem fielen bis zum Ende des Krieges rund drei Millionen polnische Juden und fast ebenso viele Polen zum Opfer.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/besatzungspolen/index.html>
- <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/polengebiete39.htm>
- <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/tych/rede.html>

12.10.1989 Entschließung des Europäischen Parlaments zu demokratischen Reformen in der DDR

Mit einer gemeinsam von Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen und Grünen verabschiedeten Entschließung forderte das Europäische Parlament die DDR zu demokratischen Reformen, zur Beachtung der KSZE-Schlussakte von Helsinki sowie zum Verzicht auf die Anwendung repressiver Maßnahmen gegen die Protestbewegung auf. Zudem unterstützte das Europäische Parlament das Streben der DDR-Bürger „nach Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung“. Es sei „das legitime Recht der DDR-Bewohner, ihr Wirtschaftssystem, ihre Regierungsform und über die Zukunft ihres Landes selbst zu bestimmen.“ Mit der Resolution machte das Europäische Parlament deutlich, dass es den Umbruch in der DDR zur Kenntnis genommen hatte und bereit war, Einfluss auf den weiteren Verlauf der friedlichen Revolution zu nehmen.

- <http://dipbt.bundestag.de/doc/brd/1989/D603+89.pdf>

23.10.1954 Unterzeichnung der Pariser Verträge

Mit den am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten „Pariser Verträgen“ – einem Vertragswerk aus mehreren völkerrechtlichen Verträgen – wurden die Aufhebung des Besatzungsstatutes und die Verleihung einer weitgehenden staatlichen Souveränität sowie der Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) und zur Nordatlantischen Allianz (NATO) festgeschrieben. Gegen den Widerstand einer von SPD, Gewerkschaften und weiten Teilen der evangelischen Kirche getragenen Bewegung wurden die Pariser Verträge am 27. Februar 1955 durch den Bundestag ratifiziert und traten am 5. Mai 1955 in Kraft.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/ZweiStaatenZweiWege/pariserVertraege.html>
- <http://www.bpb.de/apuz/29086/pariser-vertraege-besiegelung-deutscher-zweistaatlichkeit?p=all>
- http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0018_par&l=de

– November –

01.11.1814 Wiener Kongress

Nach dem Zerfall des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der Niederlage des napoleonischen Frankreich trafen sich im Herbst 1814 die Vertreter aller europäischen Mächte mit Ausnahme der Türkei in Wien, um auf der Grundlage des Ersten Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 über die territoriale Neuordnung Europas sowie eine funktionierende europäische Sicherheitsordnung zu verhandeln. Neben dem Ziel, die Verhältnisse im Nachkriegseuropa zu ordnen, hatte der Kongress die Aufgabe, eine deutsche Verfassung auszuarbeiten. Der Kongress, der nach den seit dem 18.09.1814 geführten Vorverhandlungen offiziell am 01.11.1814 eröffnet wurde, dauerte bis zum 09.06.1815. Unter Leitung des Kongresspräsidenten Fürst von Metternich (1773-1859) wurde dort ein in territorialer, politischer, rechtlicher und ideeller Hinsicht neues Europa geschaffen. Als Teil der Schlussakte erfolgte mit der am 08.06.1814 verabschiedeten „Bundesakte“ die Gründung des „Deutschen Bundes“, eines losen Zusammenschlusses, dem während der Zeit seines Bestehens 41 deutsche Einzelstaaten bzw. freie Städte ständig oder zeitweise angehörten. Entgegen der Hoffnungen vieler Liberaler wurden die Verfassungsverprechen nicht im erwarteten Umfang umgesetzt. Proteste gegen diese Entwicklung führten zu Repressionen seitens der Staatsmacht (Karlsbader Beschlüsse 1819) und wurden prägend für das Metternich'sche Zeitalter der Restauration.

- <http://www.wiener-kongress.at>
- <http://www.documentarchiv.de/nzjh/dtba.html>

04.11.1989 Demonstration und Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz

Am 4. November 1989 kam es auf dem Berliner Alexanderplatz zur größten Massendemonstration in der Geschichte der DDR. An der ersten offiziell genehmigten Demonstration oppositioneller Gruppen in der DDR nahmen unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 500.000 und einer Million Menschen teil. Auf der live im DDR-Fernsehen übertragenen Abschlusskundgebung, zu der Künstlerverbände der DDR und das Neue Forum aufgerufen hatten, wurden u.a. das Ende des Machtmonopols der SED sowie Versammlungs-, Presse-, Reise- und Meinungsfreiheit und freie Wahlen gefordert. Vier Tage nach der Kundgebung trat das gesamte Politbüro zurück, das neu gewählte Politbüro umfasste nur noch 11 statt bis dahin 21 Mitglieder. Die bekanntesten Vertreter des SED-Regimes waren abgetreten.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/WandelImOsten/kundgebungAufDemAlexanderplatz.html>
- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/day/4/month/November/year/1989>

07.11.1989 Rücktritt der DDR-Regierung

Unter dem Druck der Protestbewegung trat am 7. November 1989 der DDR-Ministerrat unter seinem Vorsitzenden Willi Stoph (1914-1999) geschlossen zurück. Neuer Ministerpräsident wurde Hans Modrow, der bis zu den Volkskammer-

wahlen im März 1990 die Regierungsgeschäfte der DDR führte. Der Rücktritt markierte eine weitere wichtige Stufe des immer schnelleren Erosions- und Zerfallsprozesses der alten DDR-Führung. Bereits am 18. Oktober 1989 war die Demission von Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) bekannt gegeben und Egon Krenz zum Nachfolger ernannt worden. Ende Oktober/Anfang November gab es weitere personelle Wechsel innerhalb der obersten Führungsspitze der DDR. Letztlich konnten aber alle hektischen Bemühungen um eine personelle Erneuerung der kommunistischen Führungselite des Landes deren vollständige Entmachtung nicht abwenden.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit>
- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/2-Chronik-Wende/chronik-uebersicht/ereignisse/chronik-1989-11-07-minister-rat.html;jsessionid=55AFC68D6CE4E7C3BDA85D465FCFF495.s2t1?nn=704580
- <http://1989.dra.de/themendossiers/politik/ddr-regierung.html>

08.11.1939 Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller

Am 8. November 1939 verübte der Schreiner Georg Elser (1903-1945) ein Attentat auf Adolf Hitler. Elser war davon überzeugt, dass das NS-Regime nur durch den Tod Hitlers gestürzt werden könne. Die beste Gelegenheit dazu sah er bei den jährlichen Veteranentreffen der NSDAP im Münchner Bürgerbräukeller am 8. November, bei denen diese des gescheiterten Putsches von 1923 gedachten und Hitler alljährlich eine Rede hielt. Als die in der Nähe von Hitlers Rednerpult installierte Bombe detonierte, hatte dieser jedoch den Bürgerbräukeller schon wieder verlassen. Sieben Personen wurden bei dem Anschlag getötet und 63 verletzt. Elser wurde noch am selben Tag an der Schweizer Grenze festgenommen, ohne Gerichtsverfahren inhaftiert und kurz vor Kriegsende, am 9. April 1945, im KZ Dachau ermordet.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/buergerbraeu>
- <http://www.georg-elser.de/dok/index.html>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/ElserJohannGeorg/index.html>
- <http://www.gdw-berlin.de/de/vertiefung/biographien/personenverzeichnis/offset/48>

09.11.1989 Fall der Berliner Mauer

Als der Sprecher des SED-Zentralkomitees Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz eine Erklärung zu einer neuen Reiseverordnung verlas, der zufolge künftig ohne Angabe von Gründen kurzfristig Genehmigungen für Reisen ins Ausland erteilt würden, setzte er damit eine unvorhergesehene Kettenreaktion in Gang. Auf Nachfrage eines Journalisten, wann die Verordnung in Kraft trete, antwortete Schabowski, dass nach seiner Kenntnis die Regelung „sofort, unverzüglich“ gelte. Im Laufe des Abends erfuhren immer mehr Menschen von der sensationellen Meldung und strömten zu den Grenzübergangsstellen. Vor dem großen Ansturm mussten die Grenzwachposten schließlich kapitulieren: Kurz nach 23 Uhr wurde zunächst der Übergang an der Bornholmer Straße geöffnet, bis Mitternacht waren alle innerstädtischen Grenzübergangsstellen offen. In ganz Berlin versammelten sich Menschen aus Ost und West zu spontanen Freudenfeiern. Nach 28 Jahren der Teilung war die Mauer faktisch gefallen.

- <http://www.chronik-der-mauer.de>
- <http://www.bundestag.btg/ButagVerw/W/Ausarbeitungen/Einzelpublikationen/Ablage/2009/Vor zwanzig Jahr 1257753167.pdf>
- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/DerFallDerMauer>
- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/DerFallDerMauer/maueroeffnung.html>

28.11.1989 Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls zur Überwindung der deutschen Teilung

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) stellte am 28. November 1989 während der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm zur schrittweisen Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor. Die Bundesregierung erklärte sich bereit, über die von DDR-Ministerpräsident Modrow angeregte „Vertragsgemeinschaft“ hinauszugehen und „konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen“. Der deutsche Einigungsprozess sei in eine gesamteuropäische Entwicklung einzubetten. Am Ende seiner Rede bezeichnete Bundeskanzler Kohl die „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“ als das politische Ziel seiner Regierung. Der Plan, mit dem Helmut Kohl die Initiative in dem sich anbahnenden Annäherungsprozess der beiden deutschen Teilstaaten ergriffen hatte, war weder innen- noch außenpolitisch abgestimmt worden. Nur die amerikanische Regierung wurde vorab über die Ausführungen des Bundeskanzlers informiert.

- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/2-Chronik-Wende/chronik-uebersicht/ereignisse/chronik-1989-11-28-zehn-punkte-plan.html
- <http://www.bpb.de/izpb/10289/beginn-der-deutschen-einigung?p=all>
- http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_redeKohlZehnPunkteProgramm

30.11.1939 Sowjetischer Angriff auf Finnland

Während noch der deutsche Überfall auf Polen die Weltöffentlichkeit beschäftigte, ließ Stalin am 30. November 1939 die Rote Armee gegen Finnland vorrücken. Dieser Angriff war mit angeblichen Sicherheitsinteressen Leningrads begründet. De facto war sie jedoch Teil von Stalins Wunsch nach politisch-militärischer Dominanz im Baltikum, die ihm durch den Hitler-Stalin-Pakt bereits partiell zugefallen war und mit einem Sieg über den skandinavischen Staat hätte vollendet werden können. Trotz zahlenmäßiger Überlegenheit der Roten Armee gelang der Sowjetunion jedoch kein entscheidender Sieg. Dieser Misserfolg Stalins gegen den skandinavischen Kleinstaat wurde von Hitler aufmerksam registriert und als bestätigte seine geringe Meinung von Russlands Machtpotential. Die Angriffsabsichten Hitlers, die er bereits damals gegen die UdSSR hegte, verstärkten sich dadurch erheblich und führten 1941 zum Überfall auf die Sowjetunion. Von größerer Bedeutung freilich als hinsichtlich seines unfreiwilligen Beitrags zu Hitlers Kriegszielüberlegungen ist der sowjetisch-finnische Krieg von 1939/40 in völkerrechtlicher Hinsicht. Er weist Stalin als zweiten Aggressor des Jahres 1939 neben Hitler aus und offenbart beim sowjetischen Gewaltherrscher ähnlich grundsätzliche Hegemonialabsichten wie beim deutschen Diktator. Sie waren nicht erst Folge des deutschen Überfalls von 1941, also kein bloßer Verteidigungsreflex, sondern bestanden unabhängig davon als Ausdruck sowjetischen Imperialismus-denkens.

- <http://www.der-zweite-weltkrieg.com/finnisch-sowjetischer-winterkrieg.shtml>

– Dezember –

01.12.1964 Assoziierungsabkommens zwischen der EWG und der Türkei

Vor 50 Jahren, am 12. September 1964, trat das Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Kraft. Dieser Vertrag, der am 12. Dezember 1963 in Ankara unterzeichnet worden war (Abkommen von Ankara), hatte die Schaffung einer Zollunion zwischen der Türkei und der EWG zum Ziel und stellte der Türkei eine mögliche Mitgliedschaft des Landes in der Gemeinschaft in Aussicht. Das Abkommen wurde in den nachfolgenden Jahren durch zahlreiche Protokolle und Beschlüsse ergänzt.

- http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/community_acquis_turkey/e40113_de.htm
- <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21964A1229%2801%29:DE:HTML>

01.12.1964 Einführung eines Mindestumtauschs (sog. Zwangsumtausch) für Besucher der DDR aus marktwirtschaftlichen Staaten

Am 25. November 1964 teilte die Regierung der DDR mit, dass sie mit Wirkung vom 1. Dezember 1964 einen Mindestumtausch einführen werde. Danach mussten Besucher bei der Einreise ihr Geld zu einem deutlich über dem Marktkurs liegenden, von der DDR bestimmten Wechselkurs umtauschen. Für Bundesbürger und Besucher aus dem westlichen Ausland belief er sich auf 5,00 DM, für West-Berliner auf 3,00 DM pro Besuchstag. Rentner und Kinder waren davon ausgenommen. Der Zwangsumtausch wurde in der Folgezeit mehrmals erhöht bzw. reduziert und betrug seit 1980 25,00 DM pro Tag. Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes wurde er zum 24. Dezember 1989 außer Kraft gesetzt.

- http://www.deutschlandfunk.de/vor-40-jahren-verfuegt-die-ddr-regierung-einen.871.de.html?dram:article_id=124976

04.12.1989 Beginn der Besetzung von Stasi-Gebäuden in mehreren Städten der DDR

Nachdem bekannt geworden war, dass Mitarbeiter der ehemaligen Stasi nach dem Mauerfall damit begonnen hatten, Akten zu vernichten, um ihre Taten zu verschleiern und inoffizielle Mitarbeiter vor der Enttarnung zu schützen, besetzten am Morgen des 4. Dezember 1989 Bürgerrechtler die Bezirksstelle des inzwischen in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannten Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Erfurt, um die dort lagernden Geheimdienstakten zu sichern. Am Abend desselben Tages wurden auch die Dienststellen des AfNS in Leipzig und Rostock besetzt. In der Folgezeit kam es auch in anderen DDR-Städten zur Besetzung von Dienststellen der ehemaligen Stasi. Zuletzt wurde am 15. Januar 1990 die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg gestürmt. Bei der Erstürmung der Stasi-Dienststellen durch aufgebrachte Bürger kam es teilweise zu tumultartigen Szenen. Mit der Einrichtung von Bürgerwachen und Bürgerkomitees begann die Entmachtung des DDR-Staatssicherheitsdienstes und die gesellschaftlich-politische Aufar-

beutung seiner Aktivitäten. Am 14. Dezember 1989 beschloss der DDR-Ministerrat die Auflösung des Amts für Nationale Sicherheit.

- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69187/erstuerung-der-stasi-zentrale-13-01-2010>
- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/2-Chronik-Wende/chronik-uebersicht/ereignisse/chronik-1989-12-04-erste-stasi-besetzung.html?nn=704580

05.12.1894 Vollendung des Berliner Reichstagsgebäudes

Nach einem Jahrzehnt Bauzeit konnte mit der Schlusssteinlegung durch Kaiser Wilhelm II. (1859-1941) am 5. Dezember 1894 die bauliche Vollendung des von dem Architekten Paul Wallot (1841-1912) entworfenen Reichstagsgebäudes im Berliner Tiergarten als neuer Sitz des deutschen Parlaments gefeiert werden. Am gleichen Tag fand die Reichstagseröffnung im Rittersaal des Berliner Schlosses durch den deutschen Kaiser statt. Die erste Sitzung des Deutschen Reichstags im neuen Reichstagsgebäude fand am darauffolgenden Tag statt.

- <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/architektur/reichstag/geschichte/verlauf.html>
- <http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt99/9905gesb.htm>

07.12.1989 Einrichtung eines Zentralen Runden Tisches in der DDR

Nach dem Fall der Mauer forderten die DDR-Bürgerbewegungen und Repräsentanten der Kirche Verhandlungen zur demokratischen Umgestaltung der DDR. Auch die neue DDR-Regierung unter Ministerpräsident Modrow versuchte, mit den bislang kriminalisierten Oppositionsgruppen ins Gespräch zu kommen. Am 7. Dezember 1989 wurde in Ost-Berlin der Zentrale Runde Tisch eingerichtet, an dem Vertreter der fünf ehemaligen Blockparteien den Repräsentanten von zunächst sieben Oppositionsgruppierungen gegenüber saßen. Drei Kirchenvertreter moderierten die Verhandlungen. Nach polnischem und ungarischem Vorbild sollte der Zentrale Runde Tisch die DDR-Regierung bis zur Wahl einer neuen Volkskammer kontrollieren. Im Laufe seiner Tätigkeit bis März 1990 arbeitete der Runde Tisch eine neue DDR-Verfassung aus, beschloss zahlreiche neue Gesetze und vereinbarte u.a., das nunmehr als Amt für Nationale Sicherheit bezeichnete ehemalige Ministerium für Staatssicherheit aufzulösen sowie für den 18. März 1990 Volkskammerwahlen anzusetzen.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/DerFallDerMauer/zentralerRunderTisch.html>
- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/month/Dezember/year/1989>
- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/2-Chronik-Wende/chronik-uebersicht/ereignisse/chronik-1989-12-07-premiere-fuer-runden-tisch.html?nn=704580

08.12.1989 Sonderparteitag der SED

Die Unfähigkeit der SED-Führung, die tiefgreifende politische und gesellschaftliche Krise des DDR-Systems zu bewältigen, beschleunigte ihren Machtzerfall im Herbst 1989 rapide. Bereits am 1. Dezember 1989 war auf Beschluss der Volkskammer der Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen worden. Zwei Tage später wurden auf massiven Druck der SED-Basis zwölf Mitglieder – darunter Erich Honecker (1912-1994), Erich Mielke (1907-2000) und Willi Stoph (1914-1999) – aus der Partei ausgeschlossen; SED-Generalsekretär Egon Krenz und das Politbüro erklärten formell ihren Rücktritt. Zur gleichen Zeit zerfiel auch der sogenannte Demokratische Block der Parteien und Massenorganisationen, der den Führungsanspruch der SED absichern sollte. Unter dem Druck der Ereignisse musste der Beginn des für den 16./17. Dezember 1989 terminierten Sonderparteitags der SED vorgezogen werden. Er begann nun am 8. Dezember 1989, und die Staatspartei beschloss, mit ihrer stalinistischen Vergangenheit zu brechen. Sie gab sich neue Parteistatuten und wählte eine neue Führung. Neuer Vorsitzenden wurde der Ost-Berliner Rechtsanwalt Gregor Gysi. Die eine Woche später erfolgte Umbenennung der Partei in „Sozialistische Einheitspartei – Partei des demokratischen Sozialismus“ (SED – PDS) sollte eine inhaltliche Neuausrichtung der Partei signalisieren.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/DerFallDerMauer/>
- <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/sonderparteitag1989/index.htm>
- http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/2-Chronik-Wende/chronik-uebersicht/ereignisse/chronik-1989-12-17-sed-zur-pds.html?nn=704580

09.12.1989 Grundsatzklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung

Die zwölf Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft kamen vom 8. bis 9. Dezember 1989 zu einer Gipfelkonferenz in Straßburg zusammen, um über die neue politische Lage in der DDR nach dem Mauerfall und dem Abtritt der alten SED-Führungsriege zu beraten. Wenige Tage nach der Vorstellung des Zehn-Punkte-Plans zur deutschen Einheit durch Bundeskanzler Kohl akzeptierten die EG Staats- und Regierungschefs nach stundenlangen Verhandlungen erstmals das Recht des deutschen Volkes auf seine "Einheit in freier Selbstbestimmung". Dieser Prozess müsse sich allerdings demokratisch und friedlich sowie „unter Achtung der Abkommen und Verträge und aller in der Schlussakte von Helsinki festgelegten

Grundsätze, in einem Klima des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit“ vollziehen. Nach dem Willen der europäischen Partner müsse der Vereinigungsprozess zudem „die Perspektive der europäischen Integration beinhalten.“

- http://cuej.u-strasbg.fr/archives/europe/europe_conclusion/cons_01_42/42_strasbourg_09_12_89.html
- [http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=711](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=711)
- http://www.europarl.europa.eu/pdf/cardoc/23369_CARDOC_Reunification_DE_WEB.pdf
- http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_image.cfm?image_id=3403&language=german

15.12.1994 Konstituierung des Europaausschusses des Deutschen Bundestages

Am 15. Dezember 1994 konstituierte sich der vom Deutschen Bundestag eingerichtete „Ständige Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“, kurz „Europaausschuss“ genannt. Er wurde eingerichtet, weil die Behandlung europäischer Angelegenheiten in den nationalen Parlamenten einen immer höheren Stellenwert gewann. Seine rechtliche Grundlage ist Artikel 45 des Grundgesetzes, der zusammen mit Artikel 23, in dem die Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union (EU) niederlegt sind, im Zuge der Ratifikation des Maastrichter Vertrages und der durch diesen begründeten Europäischen Union 1992 neu in das Grundgesetz aufgenommen wurde. Der Europaausschuss ist zentraler Ort für europapolitische Debatten im Deutschen Bundestag und als Integrations- und Querschnittsausschuss fachübergreifend zuständig. Er kann die Rechte des Deutschen Bundestages in seiner Gesamtheit wahrnehmen und gegenüber der Bundesregierung Stellungnahmen, sogenannte plenareretzende Beschlüsse, abgeben. Darüber hinaus kann der Europaausschuss als einziger Bundestagsausschuss Änderungsanträge zu Beschlussempfehlungen von Fachausschüssen ins Plenum einbringen.

- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13009.pdf>
- http://www.uni-mannheim.de/edz/pdf/1998/eu_deu.pdf

30.12.1964 Gründung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Am 31. Dezember 1964 wurde die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD) als ständiges Organ der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegründet. Ihr Ziel war die Förderung des Handels zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sie war insbesondere am Nord-Süd-Dialog der siebziger Jahre beteiligt. Mit wachsender Bedeutung der 1994 gegründeten Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) hat sich das Gewicht der UNCTAD bei Frau

gen des internationalen Handels verringert. In ihrer Arbeit konzentriert sie sich zunehmend auf die Probleme der Globalisierung und der Liberalisierung der Weltwirtschaft und deren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer sowie die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

- <http://unctad.org/en/Pages/Home.aspx>
- <http://unctad.org/en/Pages/Home.aspx>
- http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/multilaterale_ez/akteure/unctad/index.html

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Archiv der Gegenwart (2003). Dokumentation der Zeitgeschichte 1931 – 2003. Sankt. Augustin: Siegler.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) (1999). Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Berlin: Directmedia.
- Bundesministerium des Inneren. Nationale Gedenk- und Feiertage: http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/natGedenkFeiertage_node.html.
- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (2013). Chronik 1989. Taschenkalender. Berlin: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2013): <http://www.bpb.de/geschichte>.
- Deike-Gedenktage (2011): Internationaler Gedenktage-Planer. Jahreskalender 2014. Kreuzlingen [u.a.]: Deike.
- Deutsche Welle: <http://www.kalenderblatt.de>.
- Deutscher Bundestag (2011): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages: <http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/index.html>.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002). Wege – Irrwege – Umwege. Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Historische Ausstellung im Deutschen Dom in Berlin. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutsches Historisches Museum; Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (2013). LeMO: Lebendiges virtuelles Museum: www.dhm.de/lemo.
- Eschenhagen, Wieland; Judt, Matthias (2008). Der Fischer Weltalmanach: Chronik Deutschland 1949 – 2009. 60 Jahre deutsche Geschichte im Überblick. Frankfurt am Main: Fischer.
- Feldkamp, Michael F. (2005): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2003. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden-Boden: Nomos.
- Fuchs, Konrad; Raab, Heribert (1987). dtv -Wörterbuch zur Geschichte, 2 Bd. München: dtv.
- Geiss, Imanuel (1983): Geschichte griffbereit: Bd. 4. Die sachsystematische Dimension. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Lehmann, Hans Georg (2000): Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Müller, Helmut K. (2009). Schlaglichter der deutschen Geschichte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Munzinger Online: Gedenktage: <http://www.munzinger.de/search/publikationen/gedenktage/jubilaen.jsp>.
- Overesch, Manfred; Saal, Friedrich Wilhelm (2000). Deutsche Geschichte von Tag zu Tag. 1918 – 1949. Berlin: Directmedia.
- Schindler, Peter (1999): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden-Baden: Nomos.
- Schmidt-Liebich, Jochen (1981): Deutsche Geschichte in Daten. Bd. 2: 1770 – 1918.
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv. Jahrestage 2014: http://www.dra.de/online/hinweisdienste/jahrestage/jt_2014.pdf.

5. Schlagwortregister der historischen Gedenk- und Jahrestage für das Jahr 2014

- Abgeordnetenrechte 13.06.
Abkommen von Ankara 01.12.
Alters- und Invaliditätsversicherung 24.05.
Amtssitz des Bundespräsidenten 11.01.
Ausbruch Erster Weltkrieg 01.08.
Ausbruch Zweiter Weltkrieg 01.09.
Antisemitismus 01.01.
Arbeitsvermittlung 01.08.
Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei 01.12.
Attentat auf Hitler 20.07., 08.11.
Ausreise von DDR-Flüchtlingen aus der Prager Botschaft 30.09.
Auschwitz-Lüge 13.04.
Auslandseinsätze der Bundeswehr 12.07.
Ausschaltung der Führungsspitze der Sturmabteilung (SA) der NSDAP 30.06.
- Befreiung von Paris 25.08.**
Beginn deutsch-dänischer Krieg 01.02
Beginn Erster Weltkrieg 01.08.
Beginn Zweiter Weltkrieg 01.09.
Bekennende Kirche 29.05.
Berlin/Bonn-Gesetz 10.03.
Berliner Außenministerkonferenz 15.01.
Besetzung der Tschechoslowakei 15.03.
Besetzung von Stasi-Gebäuden 04.12.
- Bundeshauptstadt Berlin 10.03
Bundesstadt Bonn 10.03.
Bundeswahlgesetz 10.05.
- DDR-Flüchtlinge 05.02., 11.09, 30.09**
Demonstration und Kundgebung gegen die SED auf dem Berliner Alexanderplatz 04.11.
Deutsch-dänischer Krieg 01.02.
Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt 23.08.
Deutsche Einheit 25.01., 10.03., 3.10., 28.11., 09.12.
Deutsche Frage 25.01., 3.10., 23.10.
Deutscher Bundestag 07.09.
Dienstszitz des Bundespräsidenten 11.01
- Einführung der privaten Arbeitsvermittlung 01.08.**
Einführung der Rentenversicherung 24.05.
Einmarsch deutscher Truppen in der Tschechoslowakei 15.03.
Einreise in die DDR 01.12.
Einwanderung 01.07.
Entscheidung BVerfG zu Abgeordnetenrechten 13.06.
Entscheidung BVerfG zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr 12.07.
Entscheidung BVerfG zur Auschwitz-Lüge 13.04.
Ermordung der Führungsspitze der Sturmabteilung (SA) der NSDAP 30.06.
- Errichtung des Generalgouvernements 12.10.
Erster Weltkrieg 01.08., 22.09.
Europaausschuss des Deutschen Bundestages 15.12.
Europäisches Parlament zu den Vorgängen in der DDR 12.10.
Euthanasiebefehl 01.09.
- Fall der Berliner Mauer 09.11.**
Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung 11.03.
Finnland 30.11.
Fraktionslose Abgeordnete 13.06.
Frankreich 25.08.
- Gastarbeiter 10.09.**
Generalgouvernement 12.10.
Genfer Konvention 02.08.
Gerichtsentscheidung BVerfG zu Abgeordnetenrechten 13.06.
Gerichtsentscheidung BVerfG zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr 12.07.
Gerichtsentscheidung BVerfG zur Auschwitz-Lüge 13.04.
Gesetz über den Neuaufbau des Deutschen Reiches 30.01.
Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen 01.01.
Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der ge-

setzlichen Rentenversicherung 11.03.

Gesetz zur sozialen Absicherung der Pflegebedürftigkeit 22.04.

Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern 01.07.
Gleichberechtigung von Frauen und Männern 06.09.

Gleichschaltung 30.01., 30.06.

Grundgesetz 08.05.

Grundgesetzänderung 06.09.

Gründung der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU) 29.06.

Gründung der Sozialistischen Internationale 14.07.

Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 15.04.

Gründung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) 30.12.
Grundsatzerklärung der EG zum Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung 09.12.

Hitler-Attentat 20.07., 08.11.

Hitler-Stalin-Pakt 23.08.

Holocaust 27.01., 30.01.

Innerdeutsche Grenze 05.02.

Internationale Parlamentarische Union (IPU) 29.06.

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust 27.01.

Jahrestag der Gründung der DDR 07.10.

Judendiskriminierung 01.01.

Judenverfolgung 27.01., 30.01.

Kinderarbeit 09.03.

Kohl und Mitterrand in Verdun 22.09.

Kommunalwahlen in der DDR 07.05.

Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages 07.09.

Konstituierung des ersten Europaausschusses des Deutschen Bundestages 15.12.

KSZE-Folgekonferenz 15.01.

Londoner Akte 3.10.

Mauerfall 09.11.

Maueropfer 05.02.

Militärische Zusammenarbeit 10.01.

Mindestumtausch bei Einreise in die DDR 01.12.

Ministerium für Staatssicherheit 04.12.

Montagsdemonstration in der DDR 04.09.

Mordaktion der SS an Roma und Sinti in Auschwitz 02.08.

Namensänderung für deutsche Juden 01.01.

Nationalsozialistische Verbrechen 27.01., 10.06., 01.08., 02.08., 12.10

Nato 10.01.

Neunmächtekonferenz 3.10.

Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze 11.09.

Oradour-sur-Glane 10.06.

Paris 25.08.

Pariser Verträge 23.10.

Parteitag der SED 08.12.

Partnerschaft für den Frieden (Pff) 10.01.

Pflegeversicherung 22.04.

Polen 01.08, 12.10.

Privatfernsehen 01.01.

Protectorat Böhmen und Mähren 15.03.

Private Arbeitsvermittlung 01.08.

Reichstagsgebäude 19.04., 05.12.

Reichswehr 02.08

Rentenversicherung 11.03., 24.05.

Resolution des Europäischen Parlaments zu den Vorgängen in der DDR 12.10.

Roma und Sinti 02.08

RV-Nachhaltigkeitsgesetz 11.03

Rücktritt der DDR-Regierung 07.11.

Runder Tisch in der DDR 07.12.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung 28.02.

Schlussakte KSZE-Folgekonferenz 11.01.

Sinti und Roma 02.08.

Sitz Deutscher Bundestag und Bundesregierung 10.03.

Sonderparteitag der SED 08.12.

Sowjetischer Angriff auf
Finnland 30.11.
Sozialistische Einheitspar-
tei Deutschlands (SED)
08.12.
Sozialistische Internationa-
le 14.07.
Ständige Vertretung der
Bundesrepublik Deutsch-
land 02.05.
Ständige Vertretung der
Deutschen Demokratischen
Republik 02.05.
Sturmabteilung (SA) der
NSDAP 30.06.

Tag der Befreiung 08.05.
Tag der Deutschen Einheit
17.06., 03.10.
Tag des Gedenkens an die
Opfer des Nationalsozia-
lismus 27.01.
Tschechoslowakei 15.03.

Verabschiedung des
Grundgesetzes 08.05.
Verdun 22.09.
Vereidigung der Reichs-
wehr auf Hitler 02.08.
Verkündung des Grundge-
setzes 23.05.
Verbot der Kinderarbeit
09.03.
Volkserhebung in der DDR
17.06.
Volksgerichtshof
24.04.1934

Warschauer Aufstand
01.08.
Welthandelsorganisation
(WTO) 13.04.
Welthandels- und Entwick-
lungskonferenz der Verein-
ten Nationen (UNCTAD)
30.12.
Widerstand gegen das nati-
onalsozialistische Deutsch-

land 20.07., 01.08., 25.08,
08.01.
Wiedervereinigung 28.11.,
09.12.
Wiener Kongress 01.11.
Winterkrieg 30.11.

Zehn-Punkte Programm
Helmut Kohls zur Über-
windung der deutschen
Teilung 28.11.
Zerstörung des französi-
schen Dorfes Oradour-sur-
Glane durch SS-Truppen
10.06.
Zuwanderungsgesetz 01.07.
Zwangsumtausch bei Ein-
reise in die DDR 01.12.
Zweite Internationale
14.07.
Zweiter Weltkrieg 01.08,
25.08., 01.09.